

Merseburger Tageblatt

Kreisblatt

Zeitung für Stadt u.

Kreis Merseburg



Amtliches Anzeigebblatt der Merseburger Kreisverwaltung und vieler anderer Behörden.

Nr. 58.

Sonnabend, den 9. März 1918.

158. Jahrgang.

Amtliche Anzeigen

Seite 4 betr.:

1. Festlegung der Preise über die Verarbeitung von Gemüße und Obst.

Tageschronik

Der Friedensschluss mit Finnland zugleich ein Schutzvertrag.
Lenin vor dem Rücktritt?
Japan macht Ernst in Sibirien.
Vor der irischen Revolution.
Norwegische und dänische Nach-Neutralität!

Das öffentliche Leben im bolschewistischen Rußland.

Nichts kann die katastrophalen Folgen der bolschewistischen Herrschaft einbruchsvoller darsin, als die völlige Zerlegung der öffentlichen Ordnung, die auch jenen, die Rußland früher nicht kannten, in den verschiedensten Erziehungsschritten auf Schritt und Tritt in die Augen springt. Petersburg, das zu Friedenszeiten eine für russische Verhältnisse musterhafte Stadt war, ist zur Ruine einer Großstadt geworden. Die Straßenverhältnisse spotten jeglicher Kritik; die Hauptstraßen, selbst der Neva-Ufer, gleichen Friedhöfen und sind nahezu unpassierbar. Der Straßenbahnbetrieb ist oft wochenlang ganz oder teilweise eingestellt, die Gassen sind auf vielen Linien unter der Schneedecke nicht mehr sichtbar. Die Verwaltung steht unermittelt im Tadel aus. Die überlebende Mehrzahl der Hotels, Geschäftsräume und Privatwohnungen ist unbesetzt. Die Schulen sind durch viele Wochen infolge Lehrermangels geschlossen. Wenn auch die Theater und Vergnügungssalons nicht geschlossen sind, so weilt es die Beherrschung und Verwahrlosung der öffentlichen Lebens nicht mit einem Schlage aufhören läßt, sondern allmählich zum Stillstand kommen muß.

Das Publikum der russischen Hauptstädte hat sich mit der Ruhe der Verzeihung in die Verhältnisse gefügt.

Die Polizei hat zu bestehen aufgehört. Die Sicherheitszustände lassen sich auch nicht annähernd schildern. Es herrscht völlige Anarchie, die vom Gesindel auf das ausgiebigste ausgenutzt wird. Straßen in Schlitzen und Automobilen halten auch in den belebten Vierteln Passanten und Fuhrwerke an, besetzen ihre Opfer unter Todesrohungen und lassen sie halb- oder ganz nackt liegen. Das Gesindel in den Straßen ist der Bevölkerung schon zur Gewohnheit geworden. Auf einzelne Schiffe wird nicht mehr geachtet. Plünderungen noch vornehmender Wein- und Schnapslager werden unter Mitwirkung der Roten Garde auf Befehl der Regierung zwecks Liquidation der Alkoholbestände im Verein des Wobels vorgenommen, der Junius betrunken das Fest mit einer Schießerei auf Passanten beschließt. Stellenweise greift die Bevölkerung zur Selbsthilfe durch Lynchjustiz, die oft unter abfälligen Grausamkeiten vor sich geht und der nicht selten Unschuldige zum Opfer fallen. Die Anarchie, Lynchjustiz ist in der Tagespresse häufig. Besonders beliebt ist das Zirkeln aus den Schlitzen auf Vorübergehende. Einer solchen Spezialität wäre ein Mitglied der deutschen Delegation um ein Haar zum Opfer gefallen.

Die Regierung zeigt nicht das geringste Interesse für die Behebung dieser Zustände. In der von bolschewistischen Ideen durchdrungenen Provinz ist es nicht besser. In Swerdlow haben sich vor kurzem unbeschreiblich grauenvolle Szenen abgespielt, als die bolschewistischen Matrosen ein Programm auf ihre Offiziere veranfalteten. Hunderte von Marineoffizieren fielen als Opfer der vertierten Matrosen. Ein völlig geklärter Vize-Admiral wurde mit seinem Kameraden vor ein Revolutions-Tribunal geleitet und zum Tode verurteilt. Da er nicht selbst zum Richtplatz gehen konnte, trug ihn sein Kamerad auf den Schultern dorthin, wo beide hingerichtet wurden. Jeder Marine-Offizier, der nicht bolschewistisch war, wurde als Bourgeois bezeichnet, entweder erschossen oder kurzerhand erlitten. Kommandos, die sich weigerten, heruntergehenden Soldaten auf die Kommando zu lassen, wurden buchstäblich in Stücke gerissen. Bei der Grundenteignung wurden viele Grundbesitzer mit Weib und Kind in ihren Häusern verbrannt. Wohl hat die Regierung die Todesstrafe formell abgeschafft, steht aber der inoffiziellen Ausrottung „bourgeois“ und „kontrerevolutionärer“ Elemente unthätig zu. Hingegen arbeitet sie eifrig an der Verbesserung der Weltordnung!

Das Erbredit ist aufgehoben, das Erbredit geht ins Nationalvermögen über. Ein Dekret zur Abschaffung des „Familiendebitus“ ist in Ausarbeitung. Die Abtun aller Offiziers- und

Beamtegehälter hat ein unsagbares Elend unter der Beamtenchaft und den gewesenen Offizieren zur Folge gehabt. Auf dem Nikolai-Bahnhof kann man Stabsoffiziere als Packträger arbeiten sehen; Frauen höherer Beamten betreten in den Vorzimmern der neutralen Gewandhäuser.

Unter den gekühderten Umständen ist es selbstverständlich, daß die ganze russische Bourgeoisie aus politischen und ökonomischen Gründen den Bolschewiki mit wütendem Ingrimm gegenübersteht, der seinen Ausdruck häufig in der oppositionellen Presse und in jedem Privatgespräche findet. Kein russischer Revolutionär ist je dem zarischen Regime mit so unverhülltem Haß entgegengetreten wie die Opposition der gegenwärtigen Abwehrherdhaft der Bolschewiki. Das Bürgertum sieht in ihnen die Vernichter seiner Ehre und des Wirtschaftslebens, die Demokratie die Wörder der russischen Freiheit.

Die Sprengung der Konstante, in der die Bolschewiki trotz Wahlbeeinflussung bloß über ein Drittel der Stimmen verfügten, hat die Zahl ihrer Gegner noch vermehrt. Alle Mittel, die der russischen Intelligenz zur Verfügung stehen, werden mit großer Entschlossenheit gegen die Bolschewiki in Anwendung gebracht. Vornehmlich Streik und passive Resistenz. Der ganze bolschewistische regierte Teil Rußlands ist von der organisierten Abwehrbewegung ergriffen. Lehrer, Beamte, Postbeamte, die höheren Funktionen des öffentlichen Dienstes, Post-, Telephon- und Telegraphenbeamte streiten über ihren passiven Resistenz, der die Regierung hilflos gegenübersteht.

Die bolschewistische Gerichtsweisen hat mit einer Rechtsprechung nichts gemein. Statt der ordentlichen Gerichte sind die Revolutions-Tribunale eingesetzt, in denen das Urteil ohne irgend welche gesetzliche Grundlagen von den wahllos zugezogenen Schöffen nach Gutdünken und Stimmung gefällt wird. Im Gerichtssaal spielen sich wilde Szenen ab, wenn die Zuschauer ihren Protest gegen die Angeklagten oder auch die Richter zum Ausdruck bringen. Wiederholt wurden milde Urteile, die nicht die Zustimmung des Wobels fanden, von diesem auf eigene Faust abgeändert und durch Alte rohester Lynchjustiz fortgerissen.

Das alles sind offenkundige Taten. Genö offenkundig aber ist die warme Sympathie unserer Sozialdemokraten, zumindest der „Unabhängigen“, für die russischen Maximalisten. Und trotzdem beharrt die preussische Regierung darauf, diesen Elementen zur Herrschaft im preussischen Landtage zu verhelfen durch die Einführung des allgemeinen gleichen Stimmrechts, welches die Waffe zur Herrschaft bringen muß. Vermag die Regierung wirklich nicht zu erkennen, daß sie sich damit zum Schritt inwärt des deutschen Bolschewismus macht?

Die Entwicklung der Friedensfrage.

Der Friedensvertrag mit Finnland.

Berlin, 7. März. Heute mittag wurde der Friedensvertrag zwischen Deutschland und Finnland, ebenso ein Handels- und Schiffsabkommen sowie ein Zusatzprotokoll zu beiden Verträgen unterzeichnet. In Artikel 1 wird erklärt, daß zwischen Deutschland und Finnland kein Kriegszustand besteht, und daß die vertragsschließenden Teile entschlossen sind, fortan in Frieden und Freundschaft miteinander zu leben. Deutschland wird dafür eintreten, daß die Selbstständigkeit und Unabhängigkeit Finnlands von allen Mächten anerkannt wird. Dagegen wird Finnland seinen Teil seines Besitzstandes an eine fremde Macht abtreten noch einer solchen Macht ein Servitut an seinem Hoheitsgebiet einräumen, ohne sich vorher mit Deutschland verständigt zu haben.

Die folgenden Artikel betreffen die Wiederaufnahme der diplomatischen und konsularischen Beziehungen sofort nach der Bestätigung des Friedensvertrages, den gegenseitigen Verzicht auf Erich von Kriegskosten und Kriegsschäden, die Wiederherstellung der Staatsverträge durch Privatrechte, den Austausch der Kriegsgefangenen und Zivilinternierten und den Erich für Zivilschäden.

Was die Staatsverträge anbelangt, so sollen die außer Kraft getretenen Verträge zwischen Deutschland und Rußland durch neue Verträge ersetzt werden, die den veränderten Anschauungen und Verhältnissen entsprechen. Insbesondere soll alsbald über einen Handels- und Schiffsabkommen unterhandelt werden. Einstweilen werden die Verkehrsbeziehungen zwischen den beiden Ländern durch das Handels- und Schiffsabkommen geregelt.

Bezüglich der Privatrechte treten alle Kriegsschäden mit der Bestätigung dieses Vertrages außer Kraft. Die Schuldverhältnisse werden wieder hergestellt und die Bezahlung der Verbindlichkeiten, insbesondere der öffentlichen Schuldenbeiträge, wieder aufgenommen. Zur Feststellung der Ansprüche soll in Berlin eine Kommission auf-

mentreten, die zu je einem Drittel aus Vertretern der beiden Teile und neutralen Mitgliedern gebildet wird; um die Bezeichnung der neutralen Mitglieder, darunter des Vorsitzenden, soll der Präsident des Schweizerischen Bundesrats gebeten werden. Die Kriegsgefangenen in Finnland in Deutschland und die Kriegsgefangenen Deutschen in Finnland sollen tauschweise bad ausgetauscht und die beiderseitigen Verwundeten oder internierten Zivilangehörigen heimgeführt werden.

Zur Regelung der Handels- und Schiffsabkommen wird bestimmt, daß die auf den Frieden angelegten Beschränkungen so weit wie möglich entfernt und die dauernde Nichtbefestigung dieser Fragen durch ein besonderes Abkommen geregelt werden soll.

Das Handels- und Schiffsabkommen entwirft im allgemeinen den Grundriss, die den entsprechenden Verträgen mit der Ukraine und Rußland zu Grunde liegen. Während des Bestehens dieses Abkommens wird der finnische Zolltarif nach dem Stande vom 1. Januar 1914 gegenüber Deutschland in Anwendung kommen. Der Tarif kann während dieser Zeit Deutschland gegenüber weder erhöht noch durch Zölle auf bisher Zollfreie Waren erweitert werden. Was bezüglich der Eisenbahnen und der Seeschifffahrt wird die Meistbegünstigung vereinbart. Der Post- und Telegraphenverkehr soll nach den Bestimmungen des Weltpostvertrages und seiner Nebenabkommen aufgenommen werden. Jeder vertragsschließende Teil wird die Zeitwandelung seiner Angehörigen in das Gebiet des anderen Teiles zur Beschäftigung in landwirtschaftlichen Betrieben gestatten. Dieses Abkommen soll zwei Wochen nach dem Austausch der Ratifikationsurkunden in Wirksamkeit treten. Eine Zusageerklärung besagt, daß das Abkommen vorerst keine Veränderung der Verhältnisse bewirken soll, die insofern auf Gesellschaften gewisser Art die finnische Staatsangehörigkeit zur Beibehaltung machen. Jedoch sollen auch in dieser Hinsicht die Angehörigen des Deutschen Reichs den Finnländern tauschweise bad gleichgestellt werden.

Finnland stellt sich mit diesem Vertrage auch politisch unter den Schutz und die Oberhoheit des Deutschen Reiches, ein Ergebnis, das gewissen englischen und amerikanischen Vertretern schon vorläufig zuwiderläufig. Die russische Regierung hat zweifellos an England und Amerika Servituten auf die finnischen Wälder und Bergwerke vertriehen, durch welche durch den Artikel 1 des Vertrages ein dicker Strich gemacht wird. Aus diesem Grunde wird auch Harz ersichtlich, weshalb Finnland sich nicht an Schweden anlehnen konnte, da dieses gar nicht in der Lage war, ihm gegen die Ausbeutung durch die angelsächsischen Raubgolefen Schutz zu gewähren. Jedenfalls haben wir mit diesem Vertrage ein wertvolles Handobjekt der Entente gegenüber in die Hand bekommen.

Deutschland und Rumänien.

Wir haben bereits angedeutet, nach welcher Richtung hin sich die Forderungen bewegen dürften, mit denen das Deutsche Reich in die Friedensverhandlungen mit Rumänien eingetreten ist. In der Hauptsache kommt es uns auf die Wahrung unserer wirtschaftlichen Interessen an. Nebenher steht dabei die Frage unserer ausgiebigen Beteiligung an der rumänischen Petroleumindustrie. In zweiter Reihe handelt es sich darum, uns die Leberläufe der rumänischen Getreideernte auf längere Zeit hinaus zu sichern. Eine Kriegsentwöhnung auf solche steht auch Rumänien gegenüber (leider) nicht auf unserem Programm, wohl aber soll nach Mittel und Wegen ge sucht werden, uns auf indirektem Wege einen Ausgleich für die Kriegsschäden zu sichern, die uns durch Rumaniens Schuld aufgebürdet worden sind. Dabei dürfte in erster Reihe darauf hingewirkt werden, zu erreichen, daß die Requisitionen, die im Laufe des Krieges von uns erhoben worden sind, zur Aufrechnung kommen, so daß eine Bezahlung von unserer Seite sich erübrigt würde. Wie wir hören, handelt es sich hierbei um eine Summe, die den Betrag von einer Milliarde Mark erreichen dürfte.

Der Friede mit Rumänien wird übrigens als Gegenstück zum Frieden mit der Ukraine als der Desinteresse bezeichnet.

Wieder eine Verhöhnung gegen England!

Zu einer vor Kurzem erschienenen Erklärung des Lord Sudmather in „Daily News“ nimmt in einem merkwürdig wohlwollenden Artikel die „Midd. Age“ Stellung. Sudmather beurteilt die letzte Rede King Herings für einen Engländer recht objektiv und verweist ihr große zu werden, so weit das einem Engländer überhaupt möglich ist. Das ist zu zugeben. Die halbamtliche Zeitung meint dazu: „Diese Verhöhnung verdient sich zwar um eine einzelne Stellung, inwiefern aber ist es erfreulich, ein vernünftiges

Artikel zu verzeichnen, das dem Reichsfanzler vorgelegt werden soll und ihm sein Gehaltentgang ganz ohne Vorenkenommenheit folgt.

Wir sind in der Wilhelmstraße täglich besprochen worden bezw. geblieben. Es wäre besser, solche Aufregungen weiter Spreizung zu überlassen, da sie für das amtliche England doch bedeutungslos sind, als sie zum Gegenstand von Kommentaren und indirekten Anklagen zu machen, die unserer Sache nur immer von Neuem schaden können und werden!

Dom Krieg und Frieden.

Die japanische Aktion.

Die Japaner auf dem Marich nach Jhrutok?

Stockholm, 7. März. Dem Organ Lenigs, der "Brawda", zufolge sind aus Jhrutok sehr beachtliche Nachrichten in Petersburg einlaufen, nach denen sich mehrere japanische Infanterie-Regimenter bereits auf dem Marische nach Jhrutok befinden. Die Japaner scheinen nicht mit eigenen Truppen vorgehen zu wollen, sondern sie haben auch japanische Truppen zur Verfügung, die sie aber bei den Operationen von Charbin aus benutzen wollen. Alle Eisenbahnlinien, die Eisenbahn- und Telegraphenstationen sind teils von den Chinesen, teils von den Japanern besetzt. In Wladiwostok und Charbin regieren jetzt schon die Japaner. Die Wladiwostok-Behörden wurden abgeholt. Die russischen Familien verließen nach Russland zu flüchten, es ist ihnen dies aber wegen der strengen Kontrollen der Japaner unmöglich. Sowohl in Charbin, wie in Wladiwostok herrscht im übrigen vollkommene Ruhe.

Welche Tatsachen diesem Bericht zugrunde liegen, ist einstweilen noch nicht genau zu übersehen.

Zensur und Hefensperre in Japan.

Amsterdam, 7. März. Aus San Francisco wird gemeldet: Die japanische Regierung hat eine strenge Zensur angeordnet und hat zunächst die Abänderung von politischen Zusammenhängen untersagt. Ferner sind seit Dienstag alle japanischen Häfen gesperrt.

Die sibirische Ausfuhr soll unmöglich gemacht werden.

Rotterdam, 7. März. Man nimmt nach Mitteilungen aus New York in Washington allgemein an, daß die japanische militärische Aktion gegen Sibirien unmittelbar bevorsteht. Man glaubt, daß die Japaner mit ungeheurer Schnelligkeit vorgehen werden, um selbst die erste Ausfuhr von Sibirien nach Deutschland unmöglich zu machen.

Das ist wieder so ein Moment, mit welchem die Entente-Prese sich selbst und ihre Wirkung zu betonen versucht. Daß überhaupt eine Ausfuhr von Sibirien nach Deutschland gar nicht in Frage kommt, liegt für jedermann, der seinen gesunden Verstand noch besitzt, ohne Weiteres klar. Aber man muß doch Gründe finden, um das eigene Mißtrauen glaubhaft zu machen.

Russische Vorsichtsmaßnahmen gegen Japan.

Rotterdam, 7. März. Aus San Francisco erfahren holländische Mütter: Seit dem Ausbruch der Japaner im Osten Russlands sind harte russische Truppenmassen aufgestellt worden, um die transsibirische Bahnlinie zu sichern. Zwischen dem Wurmsee und der chinesischen Grenze sind die Gänge bereits gesperrt.

Chinesisch-japanischer Zusammenstoß.

Rotterdam, 7. März. "Daily Mail" erzählt aus Tientsin: Das chinesische Kabinett entschloß sich zur völligen Zusammenwirkung mit Japan. Beijing wird bald einen Bevollmächtigten nach Japan senden, um über militärische Angelegenheiten zu beraten, und wird Japan auffordern, militärische Delegationen nach Beijing zu senden.

Uebereifrige Vertrauensverbindungen für Japan.

Washington, 6. März. (Reuter.) Von maßgebender Seite wird erklärt, daß die Vereinigten Staaten keine Mitteilungen an Japan über dessen Vorgehen in Sibirien vorgehen, gesandt haben. Aber auch ohne offizielle Mitteilungen kennt Japan die freundschaftliche Haltung der Vereinigten Staaten. Es weiß auch, daß die Vereinigten Staaten zu Japan das Vertrauen haben, daß eine Unternehmung in Sibirien in selbstloser Absicht (1) geschehen würde. Aber mit Rücksicht auf die mögliche moralische Wirkung auf Russland sind die Vereinigten Staaten der Ansicht, daß, wenn eine Aktion eintritt, ihre absolute Notwendigkeit deutlich geworden sein müßte. Diese Ansicht ist England gegenüber ausgesprochen worden, durch dessen Vermittlung die Vereinigten Staaten von der Haltung Japans in Kenntnis gesetzt worden sind (1).

New York, 6. März. Nach einer halbamtlichen Meldung der "New York Post" aus Washington haben sich Japan und seine Verbündeten auf dem Grundsatze geeinigt, daß, wenn sich deutscher Einfluß in Sibirien in irgend welcher Weise geltend macht und unmittelbare Gefahr für den Verlust an Kriegsvorräten bedroht, Japan berechtigt sein sollte, militärische Maßnahmen zu ergreifen, um seinen Verpflichtungen gemäß den Frieden im fernsten Osten für die Dauer des Krieges zu erhalten. Meinungsverschiedenheiten bestehen darüber, ob Japan bei einer solchen Unternehmung unterstügt werden soll. Die Vereinigten Staaten erheben keine förmliche Zustimmung zu den Plänen Japans, aber die Lage Japans findet volles Verständnis, und wenn Amerika nicht hindern will, so wird das keine unangenehme Wirkung auf die beiderseitigen Beziehungen haben. (Reuter-Schüler)

Aus dem Osten.

Die neue Offiziere.

Die Aufstellung des russischen Heeres vollzieht sich weiter. Trotz des Abfalls des Friedens haben Aufstellungen zur Fortsetzung des Kampfes erfolgen der russischen Marineangehörigen von Gorkow an, ein Ausführenschießer des politischen Rates von Moskwa aus, der Höchstkommandierende der maximalistischen Truppen in der Ukraine und Rumänien, der Marinekapitän in Petersburg, eine revolutionäre Komitee des Dongebietes und schließlich nach Ostingenangehörigen der Oberbefehlshaber der neuen Front.

Der Waffenstillstand zwischen Rumänien und Russland ist am 5. März abgeschlossen. Der russische Oberbefehlshaber Muzawiew hat nach einem Funkspruch des Volkskommissars in Charlow nur Befehl zur Einstellung der Feindseligkeiten für die Nord- und Westfront gegeben, nicht aber gegen die rumänische Front. Auch die Rumänen betrachten die Einstellung ihrer Operationen in Mesopotamien als noch nicht beendet.

Sozialisten-Exposition in Petersburg gegen den Frieden.

Berlin, 7. März. In Berliner politischen Kreisen wird bekannt, daß sich in Petersburg ein Teil der Sozialisten gegen eine Ratifizierung des Friedensvertrages ausgesprochen hat. Lenin selbst ist für die Ratifizierung eingetreten. Man hält es jedoch für wahrscheinlich, daß Russland seinen Verpflichtungen in dieser Hinsicht nachkommen wird.

Stockholm, 7. März. Obwohl Lenin in den Reihen der Bolschewiki vor einigen Tagen noch die Weisheit des Sozialismus hinter sich hatte, scheint er den Boden unter den Füßen nunmehr verloren zu haben. Um nicht ohne Not durch seine Anhänger herbeigeführten Sturz abzuweichen, hat sich Lenin zum Rücktritt entschlossen. Diesen hat er in einer der letzten öffentlichen Sprechungen angekündigt und sich im übrigen bereit erklärt, seine Tätigkeit in der Partei gänzlich einzustellen.

Die Entente-Diplomaten wieder in Petersburg? Stockholm, 7. März. Der englische, der französische und der italienische Botschafter in Petersburg erheben während ihrer Anwesenheit in Sankt Petersburg von ihren Begleitern die telegraphische Beistimmung, sofort auf ihren Posten nach Petersburg zurückzukehren. Der amerikanische Botschafter dagegen ist nach Berichten aus Petersburg bereits auf der transsibirischen Bahnlinie nach Tokio zu verhandeln.

Die Stimmung im rumänischen Heer. Die Befanntgabe des Vortragsvertrages im rumänischen Heer wurde von den Offizieren mit Befriedigung, von den Soldaten mit Jubel aufgenommen. Es herrscht eine tiefende Erleichterung gegen Bruttianu wegen des Unfalls, das er über Rumänien gebracht haben. General Averescu soll von Anfang an vorausgesehen haben, daß das Unternehmen Bruttianus für Rumänien überflüssig wäre. Sein Verhältnis zu den französischen General und Berater Verhelot sei insbesondere ein sehr schlechtes gewesen. Im November im Dezember v. J. den Kriegsausbruch erklärte er und Friedensverhandlungen antrat, um noch günstigere Bedingungen zu erreichen, geriet er in heftige Differenzen mit Verhelot. Dieser war aber zu hart, als daß Averescus Rat hätte durchdringen können. Das Verhältnis zwischen dem Heer und den Franzosen im allgemeinen verschlechterte sich immer mehr, als man erfuhr, daß Verhelot in Frankreich wegen Unbrauchbarkeit abgesetzt worden sei, und weil sich herausstellte, daß das von Frankreich gelieferte Material minderwertig war.

Folgen der Verführung Rumäniens. Genf, 7. März. "Journal de Genève" sieht in dem rumänischen Heeresabzug eine gefährliche Gefahr für die Balkan- und Mittelmeerländer. Die Verführung Rumäniens und der Ukraine in das politische und wirtschaftliche System Zentralasien sei die logische Folge der drei Friedensverträge und verführe Deutschland und Österreich-Ungarn eine wirtschaftliche Zusammenarbeit, die auch für die Schweiz nicht ohne Gefahren bleiben könnte, da die Eisenbahnen anderer für die Schweiz ein Verlust aus für die Schweiz und Verletzung auf die Mittelmeerländer angewiesen sei. Was in allem: die Verführung Rumäniens zum Kriegszuge für die Entente und für ganz Europa mit einem furchtbaren Unfall, ja mit einer Katastrophe.

Nach immer Kämpfe in Finland. Stockholm, 6. März. Wie "Aftensbladet" aus Waja erzählt, wurde das Heerzeug der finnischen Regierung an Deutschland vor allem dadurch veranlaßt, daß fliehende Rote Gardisten aus Estland und Livland nach Finland strömten und dort die Revolutionäre unterstützten. Die Roten Gardisten in Schweden tun alles, um ihre wankende Herrschaft zu festigen. In Wiborg wurden alle bürgerlichen Zeitungen verboten. In Riihimäki werden die Bürger zu Zwangsarbeiten angehalten, sie müssen scheuen, und die Priester werden gezwungen, die Latrinen der Russen zu leeren.

Aus dem Westen.

Die Riesenvorbereitungen im Westen.

Im Berner Nord" schreibt Stagemann zur bevorstehenden Offensive: Die Entwidlung scheint, wenn man mit Schrecken ins Auge fassen, wie schnell sich diese Entwidlung vollziehen hat und wie enorm die militärischen Vorbereitungen sind, die sich in diesen Tagen vollziehen. Die gewaltigen Erdarbeiten und zahlreichen Stützungsversuche im Westen nehmen inzwischen ihren Fortgang. Noch ist der Augenblick der erwarteten großen Offensive nicht gekommen, aber jeder Tag, der hinter uns verfließt, bringt uns ihr näher und verstärkt die Hoffung, die sich zur Hebung einer allgemeinen Friedensansicht aus dem Zwischenraum ergibt, den wir trotz der scheinbar schleichenden Entwicklung allzu hoch vertriehen sehen werden.

Die Erfolge der deutschen Flieger in Nancy. Bern, 6. März. Pariser Blätter berichten, daß in der Nacht vom 26. zum 27. Februar zwischen 6 Uhr abends und Mitternacht deutsche Flieger mehrerer Aufstiege auf Nancy unternahmen, wodurch in der Stadt und ihrer Umgebung beträchtlicher Schaden angerichtet und ungefähr 10 Personen getötet wurden. In der Stadt entzündeten mehrere Brände. An mehreren Stellen sind Häuser eingestürzt und ungeheure Trichter angeworfen. "Journal" zufolge sind beinahe alle Stadtbürger schwer verletzt.

Neue U-Bootsmärchen von Erik Geddes. Der erste Lord der englischen Admiralität Sir Erik Geddes lag dem Unterhaus wieder einmal gränzlich die Hände voll über Englands Erfolge im U-Bootskrieg und im Schiffbau. Erlaube Gegenüberstellungen aus dem Hause nötigen ihm dann nachdrücklich zu einigen Richtigstellungen, die natürlich auch noch weit von der Wahrheit entfernt bleiben. Trotz der Unter-

nützung durch Bonar Law erziehe der erste Lord der englischen Flotte zufolge doch nur einen "peinlichen Einbruch". Wollange liegt, sind's kurzen Glanzen!

Handelsflotte Weizen in England.

Rotterdam, 7. März. "Waasbode" zufolge schreibt der "Evening News": Die Auktionen in England werden für die weitere Dauer des Krieges ohne Zigarren, Zigaretten und Pfeffer in Amerika stattfinden. Es lag zwar noch für drei Monate Tabak vorhanden, diese werden aber für die Soldaten und die Arbeiter in den Kriegsbetrieben rekonstruiert werden.

In Erwartung einer irischen Revolution.

Haag, 7. März. Kalkulable Meinende berichten, daß Liverpool ahergekommen die irische Bewegung in England, die, wie es heißt, nach Frankreich verschifft werden sollen, in Wirklichkeit aber bereit gehalten werden in Erwartung einer Revolution in Irland.

Fransösische Ausrüstung gegen asiatische Gase.

Der Funkspruch Carnarvon vom 2. März ist nichtig, behauptet, die Deutschen hätten als erste in Herbst 1915 giftige Gase verwendet. Aber schon in der Herbst 1914 hat das französische Kriegsministerium offiziell und bis ins einzelne gehende Anweisungen über den Gebrauch giftiger Gase herausgegeben und damit bewiesen, daß die Verwendung von Gassen bereits vor dem Krieg von der französischen Armee in Betracht gezogen worden war. Der Gedanke ist überhaupt ein rein französischer. Sein Vater ist der französische Turpin. Schon vor dem Krieg studierte die französische Prese dessen Erfindung aus, und in der letzten Augusttagen 1914, als die Verewilligung in Paris aus dem Übertritt geliehen war, wurde öffentlich mit unländlicher Regenerierung die Nachricht aufgenommen, durch eine giftige Gase eine Entscheidung zu gewinnen, seien über 100 000 Deutsche im Saale von Verdun in die Irre geführt worden. Also nicht nur die französische Heeresverwaltung hat auch giftige Gase angewandt, sondern auch die französische Presse hat sich zuerst an der Verwendung dieses Kampfmittels bemerkt! Auf die Franzosen kann man das Wort des österreichischen Kaiserlich-Ministers anwenden: "Die ist reich, die Geißel, wer's ihr um nicht los." Denn die Deutschen haben sich nicht in der Verwendung dieses Kampfmittels bemerkt! Auf die Franzosen kann man das Wort des österreichischen Kaiserlich-Ministers anwenden: "Die ist reich, die Geißel, wer's ihr um nicht los." Denn die Deutschen haben sich nicht in der Verwendung dieses Kampfmittels bemerkt!

Der Seekrieg.

Schiffahrt neutraler Schiffe.

Bern, 5. März. Nach den bis jetzt vorliegenden, aus nicht offizieller Quelle stammenden Meldungen, ging der spanische Dampfer "Sardinien", der ausschließlich eine für die Eisenbahnfabrik bestimmte Sendung von etwa 1000 Tonnen, 1000 Tonnen, 900 Tonnen Mehl geladen hatte, am 28. Februar 20 Meilen westlich von Island an die amerikanische Küste unter, drei Bundesstaaten mit bestimmten Nachrichten unter diplomatischen Vertretern abzuwarten, um in der Sache eine Entscheidung fassen zu können. "Sardinien" ist der erste von 47 seit Kriegsausbruch für das Nordatlantikmarinariat umwendenden Schiffe, das torpediert wurde.

Nummerung des W. V. S. Es muß betont werden, daß die Meldungen über die Torpedierung aus nicht amtlicher Quelle stammen und nicht glaubwürdig klingen.

Madrid, 7. März. Nach einer Meldung des "Imparcial" berichtet das amerikanische Kommando, daß ein spanischer Unterseeboot gesunken wurde, seine als Raubgut angelegte Ladung aber Bord zu werfen, dann aber habe weiterfahren dürfen.

Der Krieg mit Amerika.

Gegen die deutschen Frauen in Amerika. Washington, 5. März. Das Amerikanerinnenhaus hat einen Gesetzentwurf angenommen, durch welchen die deutschen Frauen unter die feindseligen Ausländer eingezogen werden. Das Justizdepartement war für eine solche Maßnahme. Die Frauen waren bisher von der Anwendung des Gesetzes gegen feindselige Ausländer ausgenommen, das ausgesprochen, man hat aber gefunden, daß die deutschen Frauen diese Immunität ausnutzen (1). Der Entwurf bedarf nur noch der Annahme durch den Senat.

Das amerikanische Luftkriegsprogramm.

Washington, 5. März. Die weitere Bewilligung von 450 Millionen Dollar für das Luftkriegsprogramm wurde vom Kriegsdepartement vom Kongress gefordert. Die bereits angekauften 500 Millionen Dollar hinaus, der Kongress hat die Bewilligung für 200 Millionen fortgekauft. Das Ziel ist, den Vereinigten Staaten auf ihren Kampfplätzen die Übermacht in Luftkraft zu sichern (1). Der größte Posten beträgt 15 Millionen Dollar für Baracken und Quartiere.

Die Neutralen.

Streng und hart von der Ostsee bis zum Schwarzen Meer. Kopenhagen, 7. März. Unter der Überschrift "Der dritte Friedensvertrag" beschäftigt sich Politiken an selbener Stelle mit dem rumänischen Friedensvertrag. Man darf annehmen, daß die Mittelmächte sich nun die erforderlichen Vereinbarungen sichern und sich überhaupt durch die Forderung einer Vorausabrechnung gegen die feindseligen Doppelpolitik zu schützen wissen werden. Nach den drei Friedensverträgen werden die Rohstoffe und Erzeugnisse zu regulieren können, daß dies alles Gerede von Interdiktoren nach Friedensvertrag in Galt ist, dem rumänischen Frieden ist zu haben. Man darf bis zum Schwarzen Meer gehen die Mittelmächte aus dem Krieg im Osten hervor.

Die norwegische Neutralität.

Hamburg, 7. März. Das "Hamb. Fremdenb." bringt einen Artikel eines Berliner Korrespondenten über die Neutralität: "Ist Norwegen noch neutral?", worin es ausgesagt, daß jetzt hergestellte amerikanisch-norwegische Warenabkommen, welches Norwegen einen Teil seines in Amerika zurückgehaltenen Eigentums freigebe und dafür den Export nach Deutschland noch weitere befehle, werde in Deutschland erste Zweifel an der norwegischen Neutralität aufkommen lassen. Die ententefreundliche Presse, die offenbar ein schlechtes Gewissen wegen dieser nur zu einseitigen Nachgiebigkeit hat, wagt nun Deutschland zur Annahme dieser lächerlich geringen Exportspermen zu ermuntern! Selbst das norwegische Regierungsorgan habe erklärt, daß die norwegische Industrie auch der deutschen Zufuhr dringend bedürftig, also auf deutsches Entgegenkommen angewiesen sei. "Morgenblatt" habe festgestellt, daß die deutsche Schwere Stahlindustrie den größten Markt für den Export erziele, daß es den Vorrat in der Welt gegen den Westen zu halten sei. Umformt man diese Worte abzuwachen, mit Amerika zu befehlen. Man muß die weitere Entwicklung nur mit Bedauern entgegen sehen.



Dänemark schließt ein Handelsabkommen mit Amerika? Roppenhagen, 7. März. „Daili Chron.“ meldet nach einem Londoner Telegramm, daß Dänemark im Begriffe stehe, ein Handelsabkommen mit Amerika abzuschließen. „Politikern“ bemerkt hierzu: Wir glauben ja zu können, daß die Werbung auf jeden Fall verfrüht ist. Soviel wir wissen, werden diese Verhandlungen fortgesetzt. Wenn Weizen unter den Waren genannt ist, die wir aus Amerika erwarten können, so wäre dies unbeschreiblich außerordentlich erfreulich. Denn Weizen haben wir in höchstem Grade nötig. Bis her hat aber Amerika gerade bezüglich dieses Ware eine derartige Haltung eingenommen, daß wir am besten tun, uns zu weigern zu verhalten, bis schließlich das Ergebnis der Verhandlungen vorliegt.

Umfragen in Christiania.

Christiania, 7. März. Am Nachmittag und Abend gehen an verschiedenen Stellen der Stadt Umfragen fort, um den Wert der Dänischen Hilfe zu erfahren. Vorwiegend jugendliche Personen drängen in Läden und Bäckereien ein, plaudern die Läden und getrimmten Fensterläden. In der Karl-Lohnstraße wurde ein großer Väterladen gestrichelt. Die Polizei nahm mehrere Verhaftungen vor.

Noch einmal der Fall „Jogh Menbi“.

Berlin, 7. März. Im Falle „Jogh Menbi“ hat Dänemark einer dänischen Vergütungsgesellschaft verboten, der deutschen Hilfe zu leisten. Sollte dies Verbot der Erzeugung entgegenstehen, so ist ein neutraler Staat vorzuziehen, den Dänemark in seinem Gewissen zugunsten, die eine Unterführung der Tätigkeit einer Priße bezieht, so muß man sich wundern, daß Dänemark diesen Grund nicht auch an englischen Prißen gegenüber zur Geltung gebracht hat.

In einem Falle, in dem eine englische Priße dänische Geister angefaßt hat, hat das Schiff dort die Unterführung gefunden, ohne die seine Reise nicht fortsetzen konnte. Am 19. März lief nämlich der Dampfer „Kong Jigge“, der auf der Fahrt nach einem deutschen Hafen von einem englischen Unterseeboot angegriffen worden war, aus Rotterdam als englische Priße den dänischen Hafen Frederikshavn an. Sie erhielt dort anstandslos die Kohlen, um ihre Reise nach West zu fortsetzen zu können, und fuhr noch am Abend des 19. März ab.

Man fragt sich, warum die Dänen gestattet haben, daß der englische Priße „Kong Jigge“ die für ihre Weiterfahrt notwendige Unterführung zuteil wurde, die Unterführung der deutschen Priße „Jogh Menbi“ aber verboten habe.

Aus Stadt und Umgebung

Die Tagesordnung der nächsten Stadtverordnetenversammlung.

Am kommenden Montag, 10. im heutigen Inzeratenteil unseres Blattes veröffentlicht.

Die städtische Wurfabrikation.

wird, wie wir erfahren, am nächsten Montag von Magistrat und den Stadtverordneten befaßt.

Im Kaiser-Panorama.

werden nur noch bis einschließlich morgen die vorläufigen Einmalen zum nächsten Volkskammer „Imperator“ gezeigt. Ab Sonntag sehen wir Bilder einer Wanderung in der Eiszeit.

Eine vaterländische Schülerausführung.

findet am nächsten Sonnabend im „Zirkel“ nachmittags 5 Uhr statt.

Anerkennung von Kriegsdienstbeschädigten.

Durch einen Ertrag des Kriegsdienstbeschädigten vom 30. Januar 1918 haben die bisherigen Grundzüge für die Anerkennung von Kriegsdienstbeschädigten folgende Erläuterung und Ergänzung erfahren: Jede Dienstbeschädigung, die auf die besonderen Verhältnisse des Krieges zurückzuführen und in der Zeit von Beginn der Mobilmachung bis zur Beendigung der Demobilisierung erlitten wird, ist als Kriegsdienstbeschädigung anzusehen. Besondere Verhältnisse des Krieges liegen im Kriegsbereich dann vor, wenn sie sich von dem im Normalgebiet zu derselben Zeit allgemeinen bestehenden Verhältnissen unterscheiden. Während es im vorherigen Teil des Kriegsbereichs eines Rostwieses, daß derartige Verhältnisse vorliegen haben nur ganz ausnahmeweise bedarf, kann in weiter demüht gelegenen Teilen des Kriegsbereichs auf diesen Nachweis oft nicht verzichtet werden, jedoch ist bei der Ausübung des mit den militärischen Operationen zusammenhängenden Kriegsdienstes die Befreiung von sonstiger Kriegsdienstbeschädigung ohne weiteres anzunehmen.

Im Heimatgebiet genügt für die Anerkennung von Kriegsdienstbeschädigung der Nachweis der Einwirkung besonderer Verhältnisse des Krieges a) allgemein bei Angehörigen mobiler Formationen, b) bei Angehörigen immobilier Formationen, sofern sie nicht auf dem Marsche in das Kriegsbereich oder auf dem Marsche vor dort befinden.

Im übrigen kommen für Angehörige immobilier Formationen im Heimatgebiet als besondere Verhältnisse des Krieges die über die Annahme von Kriegsdienstbeschädigung bewundern können. Lediglich besonders nachgewiesene kriegerische Verhältnisse oder Zustände in Betracht. Beim Garulion- und Auszubildendendienst können solche Zustände nur dann als vorgehend angesehen werden, wenn erzielbarerweise lediglich durch den Krieg bedingte und über das Friedensmaß hinausgehende außerordentliche Anforderungen oder Einwirkungen durch den Leben und der Gesundheitszustand der Soldaten vorliegen haben. Der Aufenthalt in solchen Fällen besonders einwandfrei geklärt werden. Die vorläufigen Verhältnisse des Einzelstoffs (vorgeführten Lebensalter, Gesundheitszustand bei der Einberufung usw.) sind dabei zu berücksichtigen.

Jede Gesundheitsstörung, die mit einer Kriegsdienstbeschädigung in ursächlichem Zusammenhang steht, ist als Kriegsdienstbeschädigung anzusehen. Hierbei können auch solche Schäden in denen die von einer Kriegsdienstbeschädigung betreffende kriegsbedingte Unbeschädigung der Gesundheit nach der Entlassung aus dem Militärdienst und nach der Demobilisierung zu einer neuen Erkrankung oder Verschärfung führt. Eine Nachprüfung der Fälle, in denen bisher die Dienstbeschädigung anerkannt worden ist, lediglich daraufhin, ob auf Grund der vorstehenden Ausführungen nunmehr eine Kriegsdienstbeschädigung zu bejahen ist, findet von niemandem statt. Einzelige Anträge würden, wenn sie sich auf dem Militärdienstbereich beziehen, beim Kriegsdienstbeschädigten (Personalschätzung), wenn sie auf dem Zivilstandsbereich beruhen, bei der zuständigen Revisions- oder Korrespondenzabteilung anzugeben sein. Soweit Nachprüfung auf solchen Antrag erfolgt, ist im Falle nachträglicher Anerkennung von Kriegsdienstbeschädigung die Kriegsausgabe dem Monat ab rückwärts, in dem der zur Anerkennung

auf Grund dieses Ertrages fällige Antrag gestellt wurde, für einen vor dem 1. Januar 1918 liegenden Zeitraum aber nur insofern, als nicht schon eine unabweisbare Entscheidung vorliegt, d. h. als das Klagericht noch nicht verloren gegangen ist.

Geldbewegungen an die deutschen Kriegspfangenen in Rußland.

Infolge des Kriegszustandes zwischen der Ukraine und Nord-Rußland sowie der Unruhen in Rußland, ist der bisherige Postverkehr nach der Ukraine über die nordöstlichen Länder am Ende worden. Deshalb besteht die lange Zeit ungeschlichtete, Forderungen an die deutschen Kriegspfangenen in diesem Gebiet zu leisten, bis der direkte Postverkehr wieder eingerichtet sein wird. Die Aufnahme dieses Verkehrs wird unverzüglich beantragt werden. Inzwischen muß davon abgesehen werden, Geldbewegungen nach der Ukraine, besonders auch über die nordöstlichen Länder zur Abwendung zu bringen. Zum Gebiet der Ukraine gehören die früher russischen Gouvernements Gohm, Grobo, Südscher Teil, Mint (Südlich des Tinnies Pripiet), Wolynien, Podolien, Kiow, Cherson, Taurien (Südlicher Teil), Okolterinostaw, Chortow, Wolonoff (Südlicher Teil), Keil (Südlicher Teil), Tschernigow (Südlicher Teil), Poltawa, Donaudes Obergerbiet. Bis zur Klärung der Verhältnisse in Nord-Rußland und besonders in Rußland dürfte es sich ebenfalls empfehlen, mit der Abwendung von Geldern an die Kriegspfangenen in Nord-Rußland und Sibirien Zurückhaltung zu üben.

Die Sommerzeit.

Berlin, 7. März. Die Sommerzeit beginnt in diesem Jahre am 15. April 1918, vormittags 2 Uhr, und endet am 31. September 1918, vormittags 1 Uhr. Die Uhrzeit des Tages wird am 16. September vormittags 8 Uhr auf 2 Uhr zurückgestellt. Die Sommerzeit wird wieder eingestellt, weil sie sich 1916 und 1917 vollumfänglich hat. Außer den anerkannten Vorteilen für die Volkswirtschaft sind erhebliche Ersparnisse an den für Beleuchtungsarbeiten nötigen Rohstoffen erzielt worden. Die Regelung der Sommerzeit entspricht sachlich ganz der vorliegenden, nur die Stundenverteilung ist etwas verschieden, weil die Sommerzeit an einem Montag beginnt und endet soll. Die Verhältnisse des Güterverkehrs liegen es für die Eisenbahn- und Postverwaltungen mühsamer erscheinen, daß der Uebergang von einer Zeit in die andere in der Nacht von einem Sonntag zu einem Montag stattfindet. Demgemäß erziehen im Jahre 1918 als der gezeichnete Tag zum Beginn der Sommerzeit der 15. April, zu ihrem Ende der 16. September. Da gegen 2 Uhr vormittags die menschlichen Uhrzeit zurückgestellt, empfängt sich dieser Zeitpunkt zum Uebergang.

„Das Feldheer braucht dringend Haler, Heu und Stroh! Landwirte helft dem Heere!“

Gerichtszeitung

Schwurgericht Magdeburg. In nichtöffentlicher Sitzung wurde verhandelt gegen die verheiratete Johanne Rohje, geborene Müller, wegen Verleumdung gegen § 218 des Str.-G.-B. und gegen die Wastische Emilie Lorenz, geborene Gehbard, wegen Verleumdung gegen § 10 des Str.-G.-B. Der Angeklagte wurde der Wahrheit der Behauptungen gemäß Frau Rohje am 7 Monaten Gefängnis, Frau Lorenz am 1 Jahr 6 Monaten Jugendhaus und 5 Jahre Ehrverlust.

Landgericht Magdeburg.

Der jugendliche Arbeiter E. von hier arbeitete Ende November bis Anfang Januar d. J. in Gernisch und warf morgens, wenn er zur Arbeit ging, Schmutzkerben ein. Dann stieß er hinein, einmal tief er auch ein und half Nahrungsmittel, Kleidungsstücke und andere Sachen, die er teils verkauft, teils verschenkt. Der Angeklagte wurde wegen dieser Diebstähle und wegen Mordanschlags in Zehntel mit Sachbeschädigung zu 1 Jahr 1 Monat Gefängnis verurteilt. Die Klempnermeister Fritz Tresselt und Franz Habere waren am 10. Dezember 1917 aus dem Gerichtsgefängnis ausgebrochen und geflüchtet, nachdem sie aus der Klempnermeister Dietrich, ein Messer, einen Glaschneider und ein Sägegen geschoben hatten. Am 12. Dezember wurden sie wieder ergriffen. Die Angeklagten wurden wegen eines Mordanschlags und Sachbeschädigung, wobei auch wegen Diebstahls, verurteilt und zwar Tresselt zu 1 Jahr 1 Woche, Habere zu 1 Jahr 6 Monaten Gefängnis. Die Arbeiterinnen Bertha Kupferwald, Minna Lorenz und Martha Koch zu Galbe a. S. waren im Jahre 1917 in der chemischen Fabrik beschäftigt und verabredeten, Eisenteile in den Knochenbrecher zu werfen, damit die Zahnräder abbrechen sollten und der Betrieb still gelegt werde. In der Nacht zum 2. November führten sie die Verabredung aus und der Betrieb wurde dadurch 2 1/2 Stunden lahm gelegt. Der Mordanschlag betrug etwa 800 Mk. Daß in der Fabrik für Seereisende gearbeitet wurde, war den Angeklagten bekannt. Sie wurden wegen Sachbeschädigung zu je einem Jahr Gefängnis verurteilt.

Kunst und Wissenschaft

Hochschulschmid.

Prof. Dr. jur. Konrad Venerle in Göttingen, der bereits einen Ruf nach Bonn als Nachfolger von Ulrich Stuy angenommen hat, hat neuerdings eine Berufung an die Universität München an Stelle von Prof. Gareis erhalten.

Auf den Vorschlag der Nationalökonomie an der Technischen Hochschule zu Hannover ist Dipl.-Ing. Wilhard v. W. Blöndorff aus Berlin unter Ernennung zum ordentlichen Professor zum 1. April 1918 berufen worden.

Zum Vektor der Universität Rostock für das Amtsjahr 1918-19 ist an Stelle des auscheidenden Vektors Professor Dr. med. Karlst. der ordentliche Professor für Mathematik Geheimrat Hofrat Dr. phil. Staube gewählt worden. Mit Rücksicht auf das im nächsten Jahre stattfindende 500jährige Jubiläum der Universität Rostock wird das Amtsjahr des Vektors bis zum 15. August 1919 verlängert werden.

Galle, 6. März. Der außerordentliche Professor der Anatomie Walter Gehlbard, Abteilungsleiter der Anatomischen Institut Halle, der erst unlängst als erster von allen deutschen Forschern mit der Hermann-Wein-Medaille ausgezeichnet wurde, ist als Gehlsatz eines Fellwarzers an den Folgen einer Anstichung im 48. Lebensjahre gestorben.

Die erste Stelleninhaberschaft am Postfahrrad.

Im Verein von Altersfreunden im Rheinlande machte Prof. Dr. Marx in Bonn von einem neuen und wichtigen Funde Mitteilung. Der Vorrangende erklärte ein in der Gegend der Wundung der Wolle gefundenes Münzwert aus Rom, das die große Hälfte des Reichs aus dem Lande der keltischen Galier besteht, von ihrem Vorkommen begleitet. Die Münze zeigt, wie die „Rundstempel“ berichtet, das bärtige Haupt vermutlich eines bestien Germanen, unter dem sich die keltische Weibenschrift des keltischen Eigers in germanischen Buchstaben, etwa des ersten Jahrhunderts nach

Christi, befindet. Die Aufschrift wurde abgelesen: „Ratus des Anfanatus Eogus der Oberst, der großen Offizier.“ Das Bildnis ist deshalb von besonderer Bedeutung, weil es die erste keltische Inschrift enthält, die bis jetzt in dem Lande der Wolle gefunden ist.

Stadttheater Halle.

Sonntag nachmittags 3/4 Uhr gelang als Frenndevorstellung an erhaltenden Stellen „Der Trompeter von Saltingen“ zur Aufführung, abends 7 1/2 Uhr geht die neue Oper „Die toten Frauen“ von W. B. in Szene. „Monta Lindens“, Dienstag: „Meine Frau, die Hofkapellmeisterin“. Mittwoch wird in dieser Spielzeit zum ersten Male Mozart's „Jubelstunde“ gegeben. Donnerstag: „Erfahrung der Schachspiel“, „David“ von Schickel. Freitag: „Jubelstunde auf Zairis“, Oper von Gluck. Sonnabend: „König für einen Tag“.

Letzte Depeschen

Heeresbericht.

Großes Hauptquartier, 8. März. Westlicher Kriegsausflug. Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht. Bei Durchführen erfolgreicher Erkundungen wurden 25 Gefangene von Werten 30 Gefolge, nördlich von Jektin 23 Engländer gefangen genommen. Der Artillerie- und Minenwerferpark lebte am Abend in einzelnen Abteilungen auf.

Heeresgruppe Deutscher Kronprinz. Sturmabteilungen brachten von einem Vorstoß südlich von La Neuville (südlich von Berry-au-Bac) eine Anzahl gefangene Franzosen zurück. Im übrigen blieb die Gefechtslage auf Stürmungsgebiet beinahe, das sich auf dem westlichen Massener vorzuehen feierte.

Heeresgruppe Herzog Albrecht.

In der 107. Infanterie Front entwickelte die französische Artillerie zwischen Selle und Plaine rege Tätigkeit. Erster Generalartillerieregiment: Lubendorf.

Deutschland und die Flamen.

Brüssel, 7. März. Der Generalgouverneur Freiherr von Falkenhayn empfing heute nachmittag die Bevollmächtigten des Rates von Flandern zur Entgegennahme der Mitteilung von der Neubildung des Rates. Der Generalgouverneur erwiderte hierauf mit einer Ansprache, in der er sie zu dem Ergebnis der Neuwahl zum Rat von Flandern beglückwünschte. Er könne ihrer Abordnung versichern, daß das Deutsche Reich bei den Friedensverhandlungen und über den Frieden hinaus alles in seinem Interesse zu fördern und sicherzustellen. Im Verfolg der Erklärung des Reichstanzlers vom 3. März 1917 ist die Verwaltungsbremung durchgeführt worden mit dem klaren politischen Ziele, dem flämischen Welle zu einer Selbständigkeit zu verhelfen, wie sie seiner Volkszahl, seiner Volkskultur und seiner unermesslichen Geschichte entspricht. Die Mittel, durch die Flanderns Selbständigkeit nach Friedensschluß gewährleistet werden sollen, bleiben den Friedensverhandlungen vorbehalten. Diese Selbständigkeit zu beeinflussen, wird vor allem auch Sache des flämischen Volkes selbst sein. Flanderns Volk wird erkennen müssen, daß es jetzt oder nie die Grundlagern für jene Selbständigkeit zu schaffen vermag, auf die es unersetzlichen Anspruch hat.

Verhandlung zwischen Rußland und der Ukraine?

Petersburg, 7. März. Die Nierregierung hat sich in einer besonderen Sitzung mit ihrer Stellungnahme gegen die Ukraine befaßt und beschloßen, der ukrainischen Rada zur Verständigung die Hand zu bieten. Um Grund der gefassten Beschlüsse veröffentlicht der Volkskommissar für Völkerverhältnisse Stalin ein Communiqué, in dem betont wird, daß zwischen den Völkern Rußlands und der Ukraine keine Feindschaft bestehe.

(Das ist natürlich nur eine einseitige Erklärung, die erst durch formelle Vereinbarungen mit der Riewer Rada praktischen Wert gewinnen würde. D. N.)

England „schützt“ Persien.

Roh, 7. März. Die „Adm. Volkszeit.“ meldet aus Genf, „Echo de Paris“ berichtet aus London, angeblich persische Verhandlungen, die Engländer hätten keinen Anlaß zum weiteren Verweilen in Persien, sei das Londoner Kabinett fest entschlossen, die Verbindung mit Mesopotamien und Rußland auf jeden Preis zu halten. Deshalb müsse Persien nachgeben, oder der Konflikt sei unermesslich.

Eine unabhängige Regierung in Ostibirien.

Amsterdam, 7. März. „Central News“ erfährt aus Tokio vom 6. März, daß bei den Unterhandlungen in Peking die Errichtung einer unabhängigen Regierung in Ostibirien unter dem Namen Livow als ersten Schritt beschlossen wurde. Garbin wird Hauptstadt. In nachstehenden Londoner Briefen zweifelt man zwar an der Richtigkeit der Meldung, hält aber immerhin eine Errichtung der Verhältnisse in dieser Richtung für möglich.

England und Amerikas Mißtrauen gegen Japan.

London, 7. März. (Neuer.) „Daily Mail“ erfährt von maßgebender Seite, daß die englischen Regierungsbürokraten über die Interventionen Japans in Sibirien nicht grundtätig einsehen, aber so lange aufschoben (ist), bis der Vertrag des britischen Vorkriegs erfüllt ist, der den Mißtrauen gekommen hat, sich aus der japanischen Intervention über die folgenden zwei Punkte Gemisheit zu verhalten: 1. Ueber welche Bahnhöfe der transsibirischen Eisenbahn wird Japan seinen militärischen Truppen und Polizeieinheiten ausbreiten? 2. Wird China Japan unterwerfen und in welchem Umfang?

Rußlands russisches Grenzabkommen.

Stockholm, 6. März. „Politikern“ berichtet, daß durch Verhandlungen zwischen den revolutionären Regierungen in Petersburg und Sankt Petersburg Rußland an Rußland Landesgebiete abgetreten habe, so daß letzteres das Bismarck-erzetzte Rußland in einen kleineren Landstreifen mit den Baltischen am Einzug nach Petersburg an Rußland abgetreten.

Die Sowjets für den Frieden.

Berlin, 8. März. Ueber zwei Drittel der Sowjets sollen dem Frieden beschließung der Völkerverhandlungen zustimmen haben. Der „Voss. Ztg.“ zufolge habe Lenin gemeint, nur Schwärze könnten von der Fortsetzung des Krieges reden. Die ganze Völkerverhandlung des Friedens werde die Unweilheit der Deutschen. Die Sowjets würden bei sich offenen Armeen empfangen.

Die heutige Nummer umfaßt

Amtliche Anzeigen

Bekanntmachung.

Auf Grund der Verordnung über die Bearbeitung von Wemse und Obst vom 23. Januar 1918 (R.-G.-Bl. S. 46) wird bestimmt:

1. Beim Absatz von Marmelade der Ernte 1917 dürfen folgende Preise nicht überschritten werden:
 - a) Beim Absatz durch die Hersteller einheitsmäßig Verpackung 75.- A je Str.
 - b) In diesem Preise ist die Ware kraftfrei einschließlich Frachten zu liefern.
2. Beim Absatz an den Kleinhändler (Grosshändlerpreis) 78,50 " "
 - a) In diesem Preise muß die Marmelade frei Haus des Kleinhändlers geliefert werden.
3. Beim Absatz durch die Kleinhändler an die Verbraucher (Kleinhandelspreis) 92 " " Pf.

Wer Marmelade ohne die erforderliche Genehmigung oder zu höheren, als den oben bezeichneten Preisen absetzt, wird mit Gefängnis bis zu einem Jahr und mit Geldstrafe bis zu 10000 M oder mit einer dieser Strafen bestraft.

Diese Bekanntmachung tritt mit dem Tage ihrer Veröffentlichung in Kraft. Die Preise finden auf die bei Erlass dieser Bekanntmachung bereits im Handel befindlichen Marmeladenmengen Anwendung.

Berlin, den 5. März 1918. **Kriegsgesellschaft für Obstkonserver und Marmeladen m. b. H.** ges.: Klein. ges.: Dr. Lehmann.

Merseburg, den 7. März 1918. **Der Königlich Landrat.** A. v. Grona.

Gottesdienst-Anzeigen.

Sonntag, den 10. März 1918 (Kätare).
Gesammelt wird eine Kollekte zum Behen des roten Kreuzes

Dom. Vorm. 10 Uhr: Pastor Krauseheim.
Vorm. 11 Uhr: Gottesdienst.

Nachm. 5 Uhr: Prüfung der Konfirmanden.
Andern kann der Eintritt nur in Begleitung der Eltern gestattet werden.

Abends 8 Uhr: Jungfrauen-Verein des Vaterländischen Frauenvereins, Seifenerstr. 1.
Kaffeebibliothek geöffnet Sonntags von 11 bis 12 1/4 Uhr mittags.

Abends 8 Uhr: Passionsbibelstunde in der Kaiser-Wilhelms-Halle, Thurnaustr. 36.
Dienstags, nachm. 4 Uhr: Damenvereine in Rälches Hotel.

Stadt. Prüfung der diesjährigen Konfirmanden.
Frauen und Mädchen:

Vorm. 9 Uhr: Pastor Bohner.
Nachm. 2 Uhr: Pastor Werther.

Vorm. 11 Uhr: Kindererziehungs-, Mühlstraße 1. Entlassung der Konfirmanden. Pastor Werther.
Abends 8 Uhr: Junglingsverein, Mühlstraße 1. Pastor Werther.

Nachm. abends 8 Uhr: Cv. Mädchenbund St. Magimi. Mühlstraße 1. Pastor Werther.

Miensburg. Vorm. 10 Uhr: Kirche Dom.
Montag, nachm. 4 Uhr: Frauenhilfe, Unter-Altenburg 36.
Montag, abds. 8 Uhr: Kriegerverein, Unteraltburg 36.
Donnerstag, abends 8 Uhr: Jungfrauen-Verein, Unter-Altenburg 36.

Menscha. Vorm. 9 Uhr: Pastor Trömel.

Remmert. Vorm. 10 Uhr: Prüfung der Konfirmanden. Pastor Voit.

Vorm. 11 Uhr: Kindererziehungs-
Montag abends 8 Uhr: Versammlung der konfirmierten Ehne im Jugendheim, Berderstraße.
Donnerstag abends 8 Uhr: Versammlung des Cv. Mädchenvereins St. Thoma im Jugendheim, Berderstr.

Wilsen. Nachm. 1/2 Uhr: Pastor Trömel.

Katholischer Gottesdienst.

Sonntag, den 10. März 1918.
Früh 1/7 Uhr: Weiblich.
1/8 Uhr: Frühmesse mit Predigt.
1/10 Uhr: Domamt mit Predigt.
2 Uhr nachm.: Gräfinde und Kriegsanhalt.
An den Wochentagen 1/8 Uhr: heil. Messe.
Sonntags abends von 8 Uhr an Weiblich.

Karl Tänzer
Merseburg Adolf Schäfers Nachf. Entenplan 7
Spezialgeschäft für
Leinen- und Baumwollwaren
Tischzeuge, Handtücher, Hauswäsche
Bettfedern und Betten.
Fernspr. 259.
Solide Qualitäten. Große Auswahl.

Brennholz hart u. weich
liefern waggowweise zu billigsten Preisen
Hafen-Hobel- u. Sägewerke
Riesa a. Elbe.

Am 1. März verschied unser lang-jähriges Mitglied
Herr Gutsbesitzer Köhler,
Wernsdorf.
Der Verstorbene hat sich als Mitglied unseres Aufsichtsrates die Achtung aller derer erworben, die mit ihm in Verbindung gestanden haben, sodaß ihm ein ehrendes Andenken bewahrt ist.
Landw. Consum-Verein e. G. m. b. H.
Merseburg.
Böhmer. Weniger.

Rohfleisch- und Fleischwaren-Verkauf
findet am 9. März 1918
bei Hofmann, Obere Breitestraße Nr. 4:
nachm. von 2-3 Uhr auf die Ordnungsnummern 1701-1800
" " 3-4 " " " " 1801-1900
" " 4-5 " " " " 1901-2000
bei Möbbs, Teizer Keller Nr. 1
nachm. von 2-3 Uhr auf die Ordnungsnummern 2001-2100
" " 3-4 " " " " 2101-2200
Ein Anspruch auf eine bestimmte Art von Fleisch oder Fleischwaren besteht nicht.
Merseburg, den 8. März 1918.
R. M. I. 381/18. Das Königlich Lebensmittelamt.

Die grosse Mode!
Kunstseidene gestrickte Jacken für Damen, junge Mädchen und Kinder
Kunstseidene gestrickte Blusen,
Kunstseid. gestrickte Kindermäntel
empfiehlt in sehr grosser Auswahl und vielen moderneren Farben preiswert
H. Schöne Nachf.,
A. & F. Ebermann
HALLE a. S. Gr. Steinstr. 64

Das führende
Finanz- u. Handelsblatt
Mitteldeutschlands
ist die
Magdeburgische Zeitung
Erscheint wöchentlich
Dienstag 12 Uhr

Kreissparkasse Merseburg
bietet mündelsichere Kapitalanlage mit uneingeschränkter Sicherheit (auch in jedem Kriegsjahre).
verzinst Einlagen zu 3 1/2 % von 1000 M und darüber auf entsprechende Sperr-Erklärung zu 3 1/2 % vom Tage nach der Einzahlung bis zum Tage der Abhebung.
zahlt Einlagen ohne Kündigung zurück, wenn der Kassenbestand das zurecht gestattet.
Das Geschäftsbüro der Kreissparkasse befindet sich vom 1. October 1914 ab bis zur Fertigstellung des Kreisbahnhofsneubaus im Grundstücke Bahnhofsstraße Nr. 3 (2 Minuten vom Bahnhof Merseburg).

Kistenbretter
in Stärken von 10 mm aufwärts, haben große Quantitäten vorräthig abzugeben
Hafen-Hobel- u. Sägewerke,
Riesa a. Elbe.

H. Herbst, Brunnenbauer
Lützen, Bismarckstraße 13
empfiehlt sich für
Schacht- und Bohrbrunnen in Holz oder Eisen, sowie
Reparaturen aller Art unter Garantie. ::
Billigste Preise.

Kammerlichtspiele!
Kl. Ritterstr. 3. Fernruf 624
Heute Freitag bis Montag:
„Im Angesicht des Toten!“
Ergreifendes Künsterdrama in 4 Akten
„Benjamins Abenteuer!“
Tolles Lustspiel in 2 Akten mit Anna Müller-Linke
Anderem ein vorzügliches Beiprogramm!
Sonntag ab 3 Uhr: **Große Jugend-Vorstellung**
Ab 5 u. 7 Uhr: **Vorstellung f. Erwachsene.**

Tagesordnung zur Sitzung der Stadtverordneten-Versammlung
am Montag, den 11. März 1918 abends 8 Uhr im alten Rathaus.
1. Entlassung der Rechnung 1918 des Krankenhauses.
2. Bewilligung der durch einen Habsburgerbeschluss entlassenen Kassen.
3. Ergänzung d. Sähterröräte des Elektrizitätswerkes.
4. Ausgabenantragsbewilligung zu Kapitel X Ziffer 1 des Gaswerkhaushaltsplanes.
5. Ausgabenantragsbewilligung zu Kapitel IX Ziffer II des Gaswerksbauplanes.
6. Feststellung der Haushaltspläne:
a) des Krankenhauses,
b) des Armenamtes,
c) der Filialziege für Zungen-Kranke,
d) der Kleinfinderverwahrungsanstalt und Kinderhorte,
e) der Postleberverwaltung,
f) des Fleischbeschauamtes,
g) des Nahrungsmitteleinlieferungsamtes,
h) der Pfandloshausanstalt,
i) der Bäder,
k) der Feuerwehrt,
l) des Grundbesitzamtes.
Geheime Sitzung.
Merseburg, d. 7. März 1918.
Der Stadtverordneten-Vorsteher.
W. H. e.

Grüdwurk auf Marke 35
bzw. 36
am Sonnabend, den 9. März 1918, nachmittags von 1-7 Uhr
Burgstraße Nr. 16:
Gr. 8001-9300
an der Geisel Nr. 2:
Gr. 9301-1020 und außerdem
Gr. 1-100
der Marke Nr. 36 der Grüdwurkfabrik.
Verkaufspreis: 1/4 Pf. Grüdwurk = 50 Pf.
Merseburg, den 8. März 1918.
Das städt. Lebensmittelamt.
V. M. I. 383/18.

Von heute ab steht ein Transport erschlaff. 3 bis 4jähr. oispr. Wagenpferde
preiswert zum Verkauf.
W. Naundorf,
Merseburg a. S.
000 Galtsh. „Alle Voh“ 000
Telephon 496.

Gut möbliertes Wohnzimmer
mit kl. Schlafzimmern, im best. Hause v. Naundorf ab 1. April zu mieten gesucht. Off. mit Preisangabe unter **D. H. 400** in d. Geschäftsst. d. H. erbeten.

Möbliertes Zimmer
in gutem Hause für sofort zu mieten gesucht. Ecken der Stadt bevorzugt. Gefällige Angebote an **P. Müller,** Hotel Hohenzollernhof, Halle a. S., erbeten.

Zwei Kontoristinnen,
welche am 20. d. Mts. die Handreichung verlassen und mit Kontorarbeiten, Schreibmaschine und Stenographie vertraut sind, suchen per 1. April evtl. auch früher Stellung in Offerten unter **W. 363** an die Exped. d. H. erbeten.

Suche für vornehmen Jung-Haushalt auf dem Lande ehrliches tüchtiges
Mädchen,
spätestens bis zum 1. April.
Näheres durch Frau Dr. Gibekner, Halle a. S., Magdeburgerstraße 68 II.

Suche auf 1. April tüchtiges
Alleinmädchen
bei gutem Lohn.
Franz Hechtel Siermaier,
Kleine Ritterstraße 121.

Schrittseherlehrlinge
suchen
Hottenroth & Sohn.

Ordentlicher Junge
zum Begehren gesucht.
Druckerei Triltsche,
Ritterstr. 7.

Von armen Mädchen an der Bahnwirtsch. Väterland (Weihenfelderstraße)
20 Mark verloren.
Der ehrliche Finder wird gegen Belohnung in Summa Nr. 40 abgegeben.

Während meiner Abwesenheit führt Herr Peetz mit meinem Techniker meine Praxis unverändert weiter.
Dentist Schütt.
Kaiser-Panorama
Im „Herzog Christian“
Waisenstraße 1.
Nur noch bis Sonnabend, den 9. März:
Sonderliche Aufnahmen vom **Imperator** dem Riesenpostdampfer. Ab Sonntag, den 10. März: **Eine Wanderung in der Eifel.**
Gebr. Möbel u. Sofas, ganze Wirtschaften :: verkauft billig
Sachse, Hohemölsen, 7. März.
Starke Bauleitern, Baumpfähle hat zu verkaufen
A. Kaiser, „Bühner Hof“, Merseburg.
Mittleres Arbeitspferd verkauft Blumenhainstr. 7.

Pferde zum Schlachten
faucht
Felix Möbbs
Rohschlächterei,
Teifer Keller Nr. 1.
Fernsprecher 583.



Die Entwicklung der rumänischen Delfelder.

Verwohle Vorarbeit für die Friedenswirtschaft wird auf den rumänischen Delfeldern unter deutscher Verwaltung geleistet. Nachdem unter Leitung erster deutscher Fachleute die vertriebenen Bodländer in ziemlich kurzer Zeit emantgelt waren, wird nicht nur ein erheblicher Teil der Friedensproduktion allein auf den alten Schächten geleistet, man hat auch neue Felder in Angriff genommen und ist mit großem Erfolg fündig geworden, namentlich auf Terrains des rumänischen Staates, die schon seit langem für idächtig galten und vor einem Jahrzehnt an die Standard Oil Company verkauft worden waren.

Auch im belagerten Dölgelbiet hat sich die deutsche Verwaltung sehr glänzend betätigt. Um den Transport des gewonnenen Petroleumprodukts nach Deutschland zu beschleunigen und das rollende Eisenbahnmateriale zu erhalten, hat man der Rumänischen Eisenbahnverwaltung ein Konzessionsverhältnis mit dem Zweck gebildet, an dem zu zwei Dritteln die Deutsche Petroleum A. G. (Deutsche Bank) und zu einem Drittel die Deutsche Erdöl A. G. beteiligt wurden. Das Konzessionsverhältnis gegen Erstattung der Unkosten und eine bestimmte Lohnquote. Die Ausbeute an Rohöl geht an die Militärverwaltung, die sie den Raffinerien zur Weiterverarbeitung überweist. Als Raffinerien kommen in Betracht neben den Deutschen Bank und Deutschen Erdöl A. G. nachfolgenden Gesellschaften Steaua Romana und Vega die Raffinerie Standard, die von der Deutschen Bank und der Deutschen Erdöl A. G. gemeinsam gepachtet wurde.

Die Tätigkeit der deutschen Verwaltung im rumänischen Dölgelbiet wird nach Friedensschluss ihre Früchte bringen. Sie wird dazu beitragen, den Einfluss Amerikas auf die Versorgung Deutschlands mit Petroleumprodukten abzufschwächen und vielmehr auszufüllen. Wenn erst die Donauabschiffahrt die Petroleumförderung in Transsilvanien aufnimmt, werden die rumänischen Dölgelfelder nach Ansicht von Fachleuten fast allein in stande sein, Deutschlands wachsenden Bedarf zu decken.

Preussisches Abgeordnetenhause.

Berlin, 7. März. Fortsetzung der zweiten Beratung des Etats der Eisenbahn-Verwaltung bei wirtschaftlichen und finanztechnischen Fragen.

Abg. Hippmann-Gottlin (Fortf. d. V.): Das Vertrauen in den guten Willen der Eisenbahnbeamten und Arbeiter hat sich einmütig anerkennend wiederholt gefunden. Für ausreichende Erhaltung des Personals muß angefordert werden. Die durch früher einwirkende Pensionierung infolge von Überanstrengung oder im Feldbahndienst stattfindet, muß vermieden werden. Der Verlängerung des Finanzabkommens auf zwei Jahre stimmen wir zu. Vor der Erhöhung der Personaltarife hätte man die Zustimmung der Volkswirtschaft einholen sollen. Man darf dem Publikum das Eisenbahnsystem nicht verfehlen. Der Personerverkehr wird durch den Güterverkehr an die Wand gedrängt. Die Anregungen zur Schaffung von Besonderen Güterwagen sollten erwogen werden. Die Wasser-

straßen dürfen nicht als Feinde der Eisenbahnen betrachtet werden. Der Etat ist nicht günstig. An den 2,10 Prozent des staatlichen Anlagekapitals sollen 159 Millionen Mark. Für die Zukunft ist gesorgt. Einen Einnahmeposten von 389 Millionen ergeben die bewilligten Zuschläge zu den Güter- und Militärtransporten. Durch Einführung der Rotor-Bräse würden jährlich 60 Millionen gespart werden. Auch die Mehrverwendung von Heißdampflokomotiven würde eine hohe Ersparnis erzielen. Der Meinung des Ministers, daß durch Zusammenlegung der verschiedenen Klassen Entzerrnisse zu erzielen sind, wage ich nicht zu widersprechen. Der gänzlich ausschaltung der ersten Klasse möchte ich aber nicht zustimmen. Graf v. d. Groden hat gestern gesagt, daß seine Freunde die Festlegung dieser Verteilung der Einnahmen aus der Eisenbahn besonders deshalb begrüßten, weil bei der neuen demografischen Welle, die über Preußen dahinfluten werde, man nicht wüßte, was aus den Eisenbahnen noch werden würde. Das ist ein ungerechtfertigtes Mißtrauen. Auf dieses Gebiete sind sich die Parteien des Hauses in ihren Grundgedanken stets einig gewesen. (Sehr richtig! links.) Herr v. Wonna beschäftigt sich ebenfalls mit der Demokratie. Er meinte, wenn ein demokratisch gerichteter Mann das Haupt der Eisenbahnverwaltung werden würde, daß dies das Ende des preussischen Fiskus bedeuten würde; der als Gebietsrat betrachtet würde. Es liegt gar keine Ursache vor, an der Gewissenhaftigkeit eines parlamentarischen Ministers, der der linken Seite des Hauses entkammt, zu zweifeln, nur er gleich mit einigen Tropfen kostlichen Oels gefaßt sein. (Lächelndes Beifall.)

Abg. Wonne (Fortf.): Wir sind nicht mit allen Einzelheiten des Finanzabkommens einverstanden. Die Besserstellung des unteren Personals ist zu begründen.

Abg. Heins (Fortf.): Das die Arbeiterarten nicht verteuert werden ist selbstverständlich. Die dritte Klasse mit Sitzplätzen ist als Fahrgäste muß auch in den D-Zügen fahren. Der Restkassen-Monopolvertrag mit der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung bringt dem Unternehmer ungeheure Einnahmen, die die Verwaltung selbst erzielen könnte und beutet die aus, die auf Restkassen angewiesen sind.

Abg. Dr. von Wonna (Fortf.): Wir erwarten, daß die Eisenbahn-Verwaltung bei dem erwähnten Vertrage die fiskalischen Interessen genügend wahrt. Meine Ausführungen über parlamentarische Minister stützen sich auf die Erfahrungen in parlamentarischen Ländern.

Minister von Breitenbach: Wir müssen jetzt vieles ausführen, was wir im Frieden bestimmt ablehnen würden. Heute muß jeder zu den allgemeinen Kosten beitragen. Bei dem Vertrag mit dem Verleger der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung spielen weder fiskalische noch politische Momente mit, er bringt nur eine geringfügige Nebeneinnahme für die Eisenbahnverwaltung. Dem Ministerium ist ein Ernährungsbeirat angegliedert, Lebensmittelausschüsse werden gebildet, Lebensmittel-Kontrollen ange stellt. Die Eisenbahnverwaltung hatte bei der Anstellung der Ausnahmearbeiter Randesinteressen im Auge. Bei der Einführung neuer technischer Erfindungen muß eine große Verwaltung notwendig sein.

Die Besprechung schließt. Es folgt die Besprechung der Arbeiter- und Beamtenfragen. Abg. Schmidt-Gross (Fortf.): Wegen des Wohnungsman gels in allen Großstädten und Industriestädten muß die Verwaltung eine ausreichende Wohnungsfürsorge für das Personal übernehmen. Die Fragen der Ernährung und des Erholungsurlaubes müssen geregelt werden, ein Ausbau der Arbeiterauschüsse ist erforderlich.

Abg. Wagner-Breslau (Fortf.): Das Akkordewesen muß geregelt werden. Der achtstündige Arbeitstag ist grundsätzlich anzuerkennen. Redner tritt für Abhilfe der Zustände ein, die verschiedenen Älagen Unter- und mittleren Beamten zu Grunde liegen.

Weiterberatung Montag, 11. März, 11 Uhr vormittags, außerdem Samedeset.

Politische Rundschau Deutsches Reich

Die Stuttgarter Daimler-Motoren-Gesellschaft unter militärischer Aufsicht.

Eine Ungeheuer erregende Meldung bringt W. L. B. aus Stuttgart, 7. März. Zwischen der Heeresverwaltung und der Daimler-Motoren-Gesellschaft in Stuttgart-Untertürkheim sind Differenzen entstanden, die dazu führten, der Leitung der Firma vorläufig eine militärische Aufsicht beizufügen.

Ein sächsischer Prinz als Herzog von Litauen. Die „Deutsche Ztg.“ beschäftigt sich mit der künftigen Gestaltung Litauens und beiprucht die Zuteilung eines sächsischen Prinzen zum Herzog bzw. eine Anlehnung Litauens an Sachsen in wohlwollendem Sinne. Es scheint nun, als wenn eine Personalunion in der sächsischen und litauischen Monarchie von Erzberger bekämpft würde, der sich für eine sächsische Sekundogenitur in Litauen einsetzt.

Die „Deutsche Ztg.“ behauptet dann weiter, daß sich gemeinsame Fäden von dem Abgeordneten Erzberger und dem Abgeordneten Freiherrn v. Nitzschhofen nach Dresden spannen, die unter anderem im Kontor des Kommerzienrats Arnold enden. Von Dresden aus werde die deutsche Presse jetzt mit Artillerie versorgt, in denen die Personalunion mit Litauen als ganz ausgeschlossen hingestellt und für die Verschärfung eines sächsischen Prinzen auf einem zu beschaffenden litauischen Herzogsthron Zustimmung gemacht werde. Man sei der Meinung, daß dies Propaganda nicht von irgend wem wärschlich gemacht werden sächsischen Stellen aussieht, sondern daß hier die Richtung Erzberger mit ihrem wohlorganisierten Propagandist tätig ist. Sie meint aber schließlich: „Gerade auch im Interesse Sachsens sollte man erwarten dürfen, daß das sächsische Königtum in Bundesrat mit aller Lastrakt gegen die von Erzberger gewünschte Zuteilung der litauischen Krone eintritt, um auch nicht in den letzten Verstand zu geraten, daß gerade gewisse sächsische oder gar bismarckische Sonderinteressen, denen von Erzberger Erfüllung verheißen wird, maßgebend für eine Uebernahme des Erbprinzen Standpunktes gegen die Gesamteressen des Deutschen Reiches seien.“

Musikan

Der politische Austausch in Desterreich.

Der Vorstand des Volksklubs wurde vom Kaiser Karl in Audienz empfangen. Vor der Abkündigung über das Budgetprovisorium gab der Obmann des Volksklubs, Graf Bawerewich, eine Erklärung ab, daß die Polen zum Zeichen des Protestes gegen die von ihnen bekaufte Politik, durch welche die Gefühle und die Lebensinteressen des polnischen Volkes verletzt werden, der österreichischen Regierung für das Budgetprovisorium ihre Stimme verweigern, da sie jedoch der ihnen an allerhöchster Stelle zuteil gewordenen Zustimmung vertrauen, daß die ihnen gemogene Politik des Kaisers Franz Joseph in Kraft treten und weiterhin beibehalten wird. Die Polen werden, um von der Bevölkerung die mit der Ausschulung des Parlamentes verbundene Gefahr des Genozidregimes abzuwenden, sich von der Abkündigung fernhalten.

Das Budgetprovisorium wurde hierauf angenommen. § 1, enthaltend die allgemeine Ermächtigung für die Ausgaben und Einnahmen, wurde mit 240 gegen 121 Stimmen angenommen. Dofort stimmten auch die deutschen Sozialdemokraten und die Ukrainer, dagegen stimmten die Tschechen, die Südslawen und die polnischen Sozialdemokraten. § 2, enthaltend die Kriegsausgaben, wurde mit 203 gegen 101 Stimmen angenommen. Dagegen stimmten neben den früher genannten Abgeordneten auch die deutschen Sozialdemokraten. § 3, be-

Verkannt.

Roman von Heda von Schmidt.

44) (Nachdruck verboten.)

Fred wußte, daß jegliche strengere Maßnahme seinerseits bei seinem Bruder auf einen erbitterten Widerstand stoßen würde. Es hieß für ihn also, wollte er Harald aus den Händen der verführerischen Person lösen, außerordentlich vorsichtig und diplomatisch zu Werke gehen. Er, Fred, hatte seinen ersten Liebesroman seiner Stellung und seinem Namen geopfert, obwohl dieses Opfer gar nicht unbedingt notwendig gewesen wäre, Harald durfte es nicht soweit kommen lassen, daß eine richtige Theaterperson in sich in die Familie eindränge.

Fred war mit dem Vormittagsfrühstücke in Albeck eingetroffen und sah nun, nachdem er seine Kleidung gewechselt hatte, hinter einer Zeitung unter im Speisezimmer im Hotel Hamburg. Er wartete auf ein bestelltes warmes Frühstück. An einem der Tische nebenan ging zwischen einigen jungen Leuten — augenscheinlich Albecker Patrizierjöhren — die Unterhaltung lebhaft hin und her.

Anfangs dachte Fred nicht darauf, was dort gesprochen wurde, — es war vom Turf die Rede vom Segel- und Flugsporl. Dann viel plötzlich ein Name, der ihn ja aufhorchen ließ.

„Dante früh ist die Santeen abgereicht“, sagte einer der jungen Leute.

„Na, Sie brauchen doch deswegen keinen Feuertrepp anzulernen, Wörsdorf. Sie hat die junge Dame ja ihrer Zeit effah abfallen lassen, als Sie sie zum Souper in die „Nose“ im Kaiserhof einluden“, rief jemand neben.

„Es war eben ich in feinen Händen.“

„Sie heißt, daß sie verlobt sind.“

„Ach, was, verlobt! ... Veres Gerede. Strobtimmann wird sich schon fügen. ... Das sind diese Dverentprin-

geffinnen doch da daß man ihnen den Hof macht.“

„Strobtimmann war heute früh natürlich auf der Bahn.“

„Wahrsch! freibredend. Mit nem Holensbuch vom Umhang eines selbigen Autorades. Sehr forrestert Mühsel.“

Die kleidliche a la Paragel aufgenommene Duenna bekam auch beinahe einen Sandsturz von ihm.“

Also, es hieß jetzt, Absahrt, Konul Vöhschadt wird zufrieden sein, daß er von nun an voraussichtlich seinen Volontär doch dann und wann in der Kontorstunden zu Gesicht bekommen wird. Kann dem Strobtimmann übrigens seine Passion nicht verbergen. Wertvoll schöne Personen. Die Augen! Na — und überhaupt die Nase. Also werden wir dem „verlorenen Stern“ ein hübsches Glas.“

„Alles, was recht ist“, griff ein anderer den Faden des Gesprächs auf, „weder die Santeen noch Strobtimmann haben sich, genau genommen, irgend etwas, was der Öffentlichkeit. Meinung Grund zu einem Verdamnungsurteil gibt zu schulden kommen lassen. Es kommt bei manchen Dingen ja bloß darauf an, ob man sie durch eine bössartige Brille betrachtet oder nicht.“

Für die Santeen wäre ich jederzeit bereit, einzutreten“, nahm der junge Wörsdorf, ein Senatorensohn, das Wort, „um so mehr, da sie meine recht dreiste Soupererladung ins Schamre lezaree ausgehängen hat — und das in einer burd- aus damenhaften Weise. Also kein Wort weiter über Fräulein Santeen, wenn ich bitten darf. Unser Theater verliert viel an ihr. Sie ist eine Gottgebenedete Künstlerin — auch die Dperette braucht — „vom Genusse Gefährte.“

„Bravo, Wörsdorf, nachtragend sind Sie nicht, das ist hübsch von Ihnen“, hieß es.

Fred verzerrte mit einer so gleichgültigen Miene sein Gesicht, als horche er nicht angetruert auf jedes Wort, das drüber am Tisch hieß.

Dann wurde ihm ordentlich leicht ums Herz. Die Sante mit der Santeen hatte also, wie es schien, ein Ende erreicht. Gott sei Dank, vielleicht würde Harald nun unter den Töchtern der Stadt Umschau halten. Fred selber war halb und halb dazu entschlossen, dem Bruder in dieser Hinsicht mit gutem Beispiel voranzugehen. Jetzt bot sich ihm die passende Gelegenheit dazu, sich von Jrmgard Vöhschadt endlich das Jawort zu holen.

Silberhochzeit im Hause und Werbung der einzigen Tochter — das gab einen hübschen Abschluß.

Fred trat Harald nicht zu Hause. Der Diener meldete ihm, der Herr Baron wären auf der Generalprobe bei Konul Vöhschadt.“

Fred hielt in dem eleganten Jungelosenheim Umschau, ob nicht traendno Henriette Santeens Bild zu erblicken wäre.

Doch er vermochte nirgends die Photographie der Sangerin zu entdecken — auf Haralds Diplomatenstischchen fanden sich in einem dreieckigen silbernen Rahmen die Bilder seines verstorbenen Vaters, seiner Mutter und seines Bruders.

„Ich werde den Herrn Baron hier erwarten“, bemerkte Fred dem Diener, und ließ sich in Haralds Zehelzimmer in einem der Klüffel nieder.

Vor ihm auf dem Marmortischchen lag ein Kurzbuch, zwischen das ein Papiermesser geklemmt war. Wachsantisch schlug Fred die betreffende Stelle auf.

Die Blige nach Huel von Holland fanden hier vermerkt.

Eine Wertelstunde erlitten erhaben Harald und zeigte sich sehr überrascht, seinen Bruder bereits vorzufinden. „Fred, wie nett, daß du schon da bist! Ich erwartete dich erst mit dem Nachmittagsuppe. Wollen wir um Drei im Kaiserhof speisen? Darf ich dir bis dahin eine Erkundigung anbieten? Nicht? Du hast schon geschäftlich. Ja, man weiß im Hotel Hamburg nicht schlecht. Wie geht es Mutter? Es ist doch nichts Ernstliches mit ihrer Erkältung? Um 8 Ufpe geht es los bei Vöhschadt. Schenklich sind Gehege, diese Wagneraden. Wenn ich mal meine Silberhochzeit feiern sollt ...“

Er verkrummte sich, preschte seine Lippen fest aufeinander und fuhr dann in einem erzwungenen leichten Ton fort: „Ich habe mir neulich in Hamburg eine Jagd angesehen — auf der Hlenborf war ein fast ganz neues Boot zu haben. Schick, aber doch nicht ganz nach meinem Sinn, mehr für kleine Touren geeignet. Aber du redest ja keinen Ton, Fred, du rauchst auch nicht, ... Hier, was darf ich dir anbieten, wie ich doch gleich deine Karte?“

„Neben Harald, du läßt mich ja nicht zu Worte kommen“, bemerkte Fred lächelnd. „Du mühselst des Bruders sorglos! Ich nicht. Da steckt etwas dahinter. Mutter ist in Sorgen demneinlegen, lieber Junge; sie sagt, deine Briefe wären zu kurz, erzähltest ihr so gut wie nichts von dir selber.“

Harald wußte seine eben angezündete Zigarette in den marmornen Aschenbecher und begann mit fahrigem, schnelles Schritten im Zimmer auf und nieder zu gehen.

(Fortsetzung folgt.)

zweijend 6 Milliarden Kriegsgeld, wurde in namentlicher Abstimmung mit 203 gegen 163 Stimmen angenommen. Das Budgetvorparlament wurde hierauf in dritter Lesung angenommen und die Sitzung geschlossen. (Kommentar überflüssig)

Ueber die Lösung der Polenfrage im Verhältnis zu Oesterreich-Ungarn
Schreibt der "Tag", u. a.: Auswärtige Einflüsse, namentlich solche aus England, dem Westeuropa, der Antipodien, wirken die Polenfrage in die Politik hinein, das ist zu bemerken. Die Karte hat gegen die Entscheidung. Diese Entscheidung beruht aber auch die Entscheidung und die österr. Reichsregierung. Sie können es nicht mehr wagen, die Polenfrage zu beschließen, indem sie im Parlament die Entscheidung über die Rechte und Pflichten der Polenfrage zu beschließen. Die dem revolutionären Nationalismus anheimfallenden Polen Oesterreichs, die den größten Einfluss auf die Politik des Reiches ausüben, sind die Polenfrage zu beschließen. Die dem revolutionären Nationalismus anheimfallenden Polen Oesterreichs, die den größten Einfluss auf die Politik des Reiches ausüben, sind die Polenfrage zu beschließen. Die dem revolutionären Nationalismus anheimfallenden Polen Oesterreichs, die den größten Einfluss auf die Politik des Reiches ausüben, sind die Polenfrage zu beschließen.

Aus Stadt und Umgebung
Passionsbrotfabriken.
Die bisher Montag abends 8 Uhr in der Herberge zur Deimtal stattfindenden Passionsbrotfabriken werden von jetzt ab zu derselben Zeit in der "Kaiser-Wilhelms-Halle", 1 Treppe gestatten.

Hinterbliebenenfürsorge.
In der letzten Sitzung der Nationalkammer für die Hinterbliebenen der im Kriege Gefallenen sprach Geschäftsführer Graf von Helldorf über die Hinterbliebenenfürsorge. Seine Rede enthielt die folgenden Punkte: Der Hinterbliebenenfürsorge werden die gesetzlichen Bestimmungen und die wirtsch. Zusammenhänge auf Grund des Einkommens der Hinterbliebenen und die Unterstützung im Wege der gemeindlichen Kriegswohlfahrtsvereine. Zu zeigen doch vielfach die Lage nicht aus, um die Kriegshinterbliebenen bei der letzten Zeitung aller Lebensbedürfnisse vor Not zu stellen. In besondere Bedenken kommen oft die Kriegswitwen, die nach wie früher bei der Gewährung von Familienunterstützung als Kriegswitwen. Dieser Witwen dürfen doch beim Vorliegen eines Bedürfnisses für die Dauer des Krieges Unterstützung aus Militärfonds gewährt werden.

Ein ersehnter Ausbau hat auch die gesetzliche Verlesung anderer kriegsverweirter Familienmitglieder. Zunächst ersehen es als Särge, daß diejenigen Familien mit mehr als 4 Kindern, falls der Gefallene als Beamter verstorben ist, mit mehr als 5 Kindern, wenn er als Beamter im Kriege gestorben ist, eine Kürzung ihrer öffentlichen Versorgung erfahren sollten, schließlich weil die Volkrente des Gefallenen andererseits überschritten wäre. Es ist daher bestimmt worden, daß diesen Hinterbliebenen die teilweise vorerwähnte Kürzung im Wege einer Ausgleichung wieder zugeführt werden kann, sofern ein Bedürfnis dazu vorhanden ist, und den Hinterbliebenen aus der öffentlichen Versorgung zu beschaffen und den Ansprüchen auf Grund der Lebensversicherungsbeiträge nicht bereits ein höheres Einkommen zusteht, als der Verlebene nachweislich besaß.

Bei unheilbaren Kindern sind neben den laufenden Zuwendungen aus Staatsmitteln auch die Familienunterstützungen weiter zu zahlen.
Um zu vermeiden, daß sich die Hinterbliebenen wegen Anstandsunterschieden an private Anstalten wenden, wird erneut darauf aufmerksam gemacht, daß die amtliche Fürsorge nach Befriedigung der ganzen Familien, Verwagungs- und sonstigen Verhältnisse jederzeit in der Lage ist, den Hinterbliebenen beratend und helfend beizutreten.

Die vorerwähnte Aufgabe der Fürsorge für die Kriegshinterbliebenen ist die persönliche Fürsorge, die weniger in Zusammenhang mit dem Krieg steht, sondern in der öffentlichen Fürsorge. Die öffentliche Fürsorge ist im allgemeinen davon auszugehen, daß die Witwen und Waisen der gefallenen Krieger nach Maßgabe ihrer eigenen Vermögensverhältnisse erhalten werden. In erster Linie ist darauf hinzuwirken, daß die Hinterbliebenen sich ihren Lebensunterhalt selbst verdienen können und den nötigen Lebensbedarf selbst erwerben. Beim Vorliegen wirtschaftlicher Schwierigkeiten sollen die nötigen Maßnahmen getroffen werden, daß der notwendigen sorgfältigen Erziehung durch den öffentlichen Verband darf man bei Gewährung einer Beihilfe nicht zu ängstlich sein.

Viele Kriegswitwen haben jetzt mit ihren Kindern vor der Konfirmation. Da gilt es, im Anschluß an die Konfirmation den Kindern die nötige Erziehung zu geben, die ihnen geistigen und körperlichen Fähigkeiten zu entwickeln. Hervorzuheben haben und vertiefen dürfen in ungeeigneten Lebensberufen nicht fortführen. Gleiche Vorsicht gilt aber auch den Kindern mit geringerer Vererbung gegeben, um sie einem Berufe auszuwählen, in dem sie sich nach ihren Neigungen oder ihrer ganzen Veranlagung noch am vorteilhaftesten betätigen können.

Die Nationalkammer hat jetzt mit dem Reichsfinanzministerium die Summe von 50 Millionen Mark aufgebracht, um die Provinzialverwaltung zu unterstützen. Die Nationalkammer hat jetzt mit dem Reichsfinanzministerium die Summe von 50 Millionen Mark aufgebracht, um die Provinzialverwaltung zu unterstützen. Die Nationalkammer hat jetzt mit dem Reichsfinanzministerium die Summe von 50 Millionen Mark aufgebracht, um die Provinzialverwaltung zu unterstützen.

Keinesfalls dürfen Arbeitskräfte mit Vorenthaltung einer Beihilfe bestraft werden, während Arbeitslosigkeit, die sich aus den meisten Krisenherausgeht, zu vermeiden ist. Wenn sie sich nicht aus dem eigenen Verdienste erhalten, so können sie durch die Unterstützung der Nationalkammer zu verbessern. Es ist zu wünschen, daß die Nationalkammer die Unterstützung der Nationalkammer zu verbessern. Es ist zu wünschen, daß die Nationalkammer die Unterstützung der Nationalkammer zu verbessern.

Schließlich ist noch an rechtzeitige Einreichung der Anträge auf Bewilligung der Rentenbescheide aus reichsrechtlichen Versicherungen zu erinnern. Die Witwen sind immer wieder zu betonen und in zweifelshaften Fällen zur Auskunftserteilung an die amtliche Fürsorgestelle zu verweisen.

Begünstigungserteilung nur in dringenden Fällen.
Nicht selten ersehen heute auf den Begünstigungserteilungen, die ihre Anträge nur damit zu begründen wissen, daß sie noch niemals einen Begünstigungsertrag erhalten haben. Antragsteller dieser Art geben von genügend trigen Voraussetzungen aus. Die Forderung allein, daß jemand noch niemals einen Begünstigungsertrag erhalten hat, verleiht keinen Anspruch auf Bewilligung von Begünstigungserträgen, auf die es keinen Anspruch hat. Das Recht, einen Begünstigungsertrag zu beantragen, gewährt einzig der glaubwürdige Nachweis, daß man das betreffende Kleidungsstück dringend benötigt, u. h. der zu lässige Bedarf nicht vorhanden ist. Wer einen Begünstigungsertrag fordert, ohne in der Lage zu sein, einen derartigen Nachweis zu erbringen, beweist damit, daß er den Ernst der wirtschaftlichen Lage noch immer nicht erfährt hat.

Ausbefferungsstellen.
Der Volkswirtschaftsausschuss einer siddischen Großstadt hat eine Organisation geschaffen, die es den in der Kleinstadtindustrie sowie der der Pölschen Straßen- und Eisenbahnen beschäftigten Frauen und Mädchen ermöglicht, sich kleidungsgewordene Kleider und Wäsche für wenig Geld ausbeffern zu lassen. In verschiedenen Stadtecken werden Ausbefferungsstellen eingerichtet. Bedingung ist, daß die Wäsche, die zur Instandsetzung dort hin gegeben wird, sauber gewaschen ist und die Kleider gebügelt sind. Die Ausbefferung erfolgt zum Selbstkostenpreis. Stoffstücke und Fäden sind mitzuführen, während Nähmaschinen gestellt werden. Es wäre erregend, wenn diese Einrichtung auch in anderen Städten nachahmung finden würde.

Keine Herabsetzungen auf Begünstigungen.
Wie man aus Mitteilungen der Kreis plebsch ersehen kann, gibt es nach immer Leute, die keine Bedenken tragen, auf bereits gewährten Begünstigungen eigenmächtig Herabsetzungen vorzunehmen. Nicht immer ist ein solches Vorgehen auf das in siddischer wie volkswirtschaftlicher Hinsicht gleich verwerfliche Verfahren zurückzuführen, sich auf diese Weise in den Besitz einer größeren Anzahl von Kleidungs- oder Wäschegegenständen zu setzen, als man rechtmäßig zu beanspruchen hat. Wenn man fest mitunter hohe Beanspruchung vor. So hat beispielsweise in einem Hause die Wäsche, die man nicht zurecht verwalten lassen und, als sie später doch von ihm Gebrauch machen wollte, einfach der Kaiserin der Ausfertigung geändert. Alle derartigen Eingetragen auf Begünstigungen von eigener Hand werden jedoch als Unrechtmäßigkeit angesehen und dementsprechend bestraft.

Aus Provinz und Reich

Leichenauktion.
Bettin, 6. März. Inwelt Döblich wurde die Leiche des von Johannesbach gebürtigen Barbierlehrlings Schmidt, welcher sich in Halle in der Reife befand, getötet. Was den jungen Mann in den Tod getrieben hat, ist unbekannt.
„Du hast mich nie geliebt! Gib mir meine Kleider wieder!“
Mit diesen Worten zog in einem Zuge bei Erfurt ein junger Mann seiner früheren Frau, die er im Arrest traf, die Kleider von dem Rücken, die er ihr früher geschloffen hatte. Das Mädchen mußte zum Geächtele der anderen Fahrgäste in Strümpfen nach Hause gehen.

Verhändlungen.
Stendal, 6. März. In der Stadtvorstandssitzung wurden u. a. folgende Beschlüsse für 1918 gefasst: Der Kaufmännischen Bezirksvereinsrat mit 8700 M., der Kaufmannschaft mit 11800 M., der Bauernschaft mit 7000 M. und der Schachgesellschaft mit 6000 M. Der Kaufmannschaft A der Gesamtverwaltung für 1917-19 kam mit 190 000 M. zur Annahme. Für bedürftige Konfirmanden gelangen 9000 M. zur Verteilung. Der Kammerrechtskassaplan für 1918 wurde mit 1408 000 M. festgelegt. Als Steuern sollen erhoben werden 240 Proz. Zuschlag zur Staats- und Gemeindesteuer, 240 Proz. zur Grund- und Grundbesitzsteuer, 240 Proz. zur Gewerbesteuer und 200 Proz. zur Betriebssteuer.

Bad Harzburg, 6. März. Der Winter ist hier noch einmal in seiner ganzen Ziefe eingetreten. Das Thermometer zeigt einen Grad unter Null. Die Schneehöhe ist 10 bis 15 Zentimeter hoch, im Gebirge noch höher. Das Wild sucht die Futterplätze von neuem an. Die Post zwischen hier und Braunlage verkehrt wieder mittels Schlittens.

Kassel, 6. März. Um der Wäbelnot zu wehren, hat die Stadt Kassel im Gievernneubau mit dem Kassen Kreuz eine Möbelwaage eingerichtet, in der von Haus zu Haus alle Möbel und sonstiger Hausrat gesammelt werden sollen.

Gerichtszeitung

Landgericht Magdeburg.
Der Arbeiter Otto Düte von hier hat am 11. Februar dem Instandhaltungsdienst 4. Armeekorps durch Einlegen einer Karte Mißbilligung, die ihm wieder abgenommen wurde. Der Angeklagte erhielt wegen dieser Handlung in der strafrechtlichen Maßstab 2 Jahre 6 Monate Zuchthaus und 5 Jahre Ehrverlust.

Wegen Diebstahls und Diebstehls waren angeklagt: der Arbeiter Franz Wamoth, der Arbeiter Otto Franke und der Metzger Franz Wittke von hier. Wamoth nahm im Jahre 1917 wiederholt Aktien mit Spielkarten in Verwahrung die ein Solbat dem Kriegsbefehlungsamt gestohlen hatte, und brachte einen Teil der Aktien an sich. Die Aktien sollten nach Berlin geschickt werden, wurden aber teilweise beschlagnahmt. Franke und Wittke hatten am 1. Dezember auf dem Hinterhofhofs diebstahl aus dem Schuppen eine Kiste mit 50 Zehntelstücken Märgen, die zu Wamoth geschickt wurde, der sie versteckte. Später wurden die Märgen geleitet. Franke hat ferner eine Kiste mit 90 Pfunden Wein, die Wamoth ebenfalls annahm, in der diebstahl und entzerrte, 20 Pfunden Wein beschlagnahmt, 10 Pfund gab er an Franke, außerdem 50 M. Die Kammer verurteilte Wamoth wegen geistlicher Diebstahls zu 2 Jahren Zuchthaus und 5 Jahren Ehrverlust, Franke wegen Diebstahls zu 1 Jahr 6 Monaten, Wittke zu 9 Monaten Gefängnis.

Der Breslauer Millionenschatz vor Gericht.
Aus Breslau wird gemeldet: Hier begann der seit Monate mit großer Spannung erwartete Millionenschatzprozess Golla unter großer Anwesenheit der dritten Strafkommission des Breslauer Landgerichts. Angeklagt sind der Magistratebureauassistent Karl Golla und seine Frau Maria Golla wegen fälschlicher gemeinshaftlichen Betruges. Nach der Anklage übersteigt der Betrag, um den die Gollas geschädigt sind, eine Million Mark. Wegen Frau Golla richtet sich auch die Klage gegen einen Teil der Vermögensgegenstände ihrer Ehegatten. Es sind 24 Personen geklagt, für die Verhandlung sind zwei Zonen in Aussicht genommen.

Handel - Verkehr - Volkswirtschaft.

Die Thüringer Zuckerfabriken
gründen unter dem Namen Vereinigte Thüringer Zuckerfabriken G. m. b. H. in Weimar einen neuen Verband.
Sparbankverband Sachsen-Anhalt, A.-G., in Halle a. S.
Mit einem Stammkapital von einer Million Mark ist in Halle die Sparbankverband Sachsen-Anhalt gegründet worden. Die Aktien sind Namensaktien von je 1000 Mk. und sind in die Hände der Herren: Theodor Hermann, Gustav Meißner, Friedrich Schömann, Ernst Frommann, Otto Meißner, Friedrich Hübe, Carl Schulz, Hermann Wisse, Albert Zanderburch. Den ersten Aufsichtsrat bilden die Herren: Julius Carl Wolgast, Gerhard. Der Aufsichtsrat sind die Herren: (Görlitz) Reichmann, Dr. Stähler, Karl. Präl., a. D., Dr. van der Borght, Bankier Karl Paul, Erber Bürgermeister (Halle) (Halle) den Herren: Theodor Hermann, Hermann Meißner, Gustav Meißner, Friedrich Schömann, Ernst Frommann, Otto Meißner, Friedrich Hübe, Carl Schulz, Hermann Wisse, Albert Zanderburch. Den ersten Aufsichtsrat bilden die Herren: Julius Carl Wolgast, Gerhard. Der Aufsichtsrat sind die Herren: (Görlitz) Reichmann, Dr. Stähler, Karl. Präl., a. D., Dr. van der Borght, Bankier Karl Paul, Erber Bürgermeister (Halle) (Halle) den Herren: Theodor Hermann, Hermann Meißner, Gustav Meißner, Friedrich Schömann, Ernst Frommann, Otto Meißner, Friedrich Hübe, Carl Schulz, Hermann Wisse, Albert Zanderburch.

Das Unternehmen steht in Verbindung mit der Deutschen Hauptbank für Sparwesen A.-G. in Berlin und dem Wirtschaftsbund des Deutschen Haus- und Grundbesitzes. Die Gesellschaft übernimmt gegen eine geringfügige Ausgabe für den Sparbankverband die Verwaltung der Sparbankverband unter der Voraussetzung, daß die Sparbankverordnungen ihren Bestimmungen entsprechen, die Sicherung dafür, daß die vom Grundbuch zu tragenden öffentlichen Abgaben und Steuern gesamt werden (Kontenbuch) sowie ferner die Sicherung gegen Ausfall der Sparbank dadurch, daß sie den Eintritt der Zwangsversteigerung verhindert. Es ist hierüber eine Vereinbarung der Sparbankverband abgeschlossen, die in dem Vertrag des Sparbankverband enthalten ist. In einer Reihe anderer preussischer Provinzen und in verschiedenen Bundesstaaten sind gleiche Institute bereits gegründet, teils im Entstehen.

Nach den Angaben der Gesellschaft sollen die Erträge, soweit sie 8 Proz. Zinsen übersteigen, den Hausbesitzern zugute kommen.
Vor der Gründung hielt vor den in großer Zahl erschienenen Vertretern der Städte und der Kauf- und Grundbesitzer aus der Provinz und dem benachbarten Kantons Reichstag und Landesparlamentarier Dr. Krenzel einen Vortrag, der mit spontanem Beifall aufgenommen wurde. Auf die hochinteressante Ausführung und auf den Zweck des Sparbankverbandes wurde wir noch zurück.